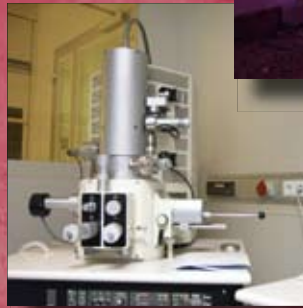
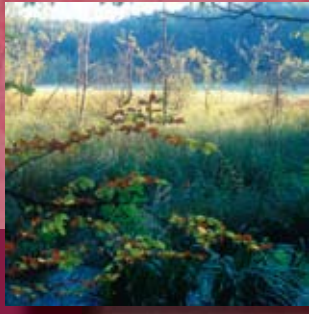


# Jahresblick 2010



Regierung von Unterfranken



Vorwort.....	1
<b>PRÄSIDIUM</b>	
Bayerisches Kabinett tagte in Bad Kissingen.....	2
8. Ressortübergreifende Führungfortbildung der Regierung von Unterfranken .....	4
<b>SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES</b>	
„Vom Weinfest bis zur Open-Air-Veranstaltung“ .....	6
LÜKEX 09/10: Länderübergreifende Krisenmanagement-Übung des Bundes .....	7
Kommunaler Finanzausgleich in Unterfranken auf Rekordniveau .....	8
Literacy-Monat 2010 in Bayern.....	9
Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen: „Wort und Welt erschließen“ .....	10
<b>WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>	
Millionen für neue Technologiezentren .....	11
Breitbandausbau in Unterfranken auf gutem Weg .....	12
Leistungsfähige Schieneninfrastruktur in Unterfranken .....	13
Neue Qualität der Zusammenarbeit in Mainfranken.....	14
Demographischer Wandel in Unterfranken.....	15
<b>PLANUNG UND BAU</b>	
Ein Großauftrag für den Staatlichen Hochbau – Neues Justizzentrum in Würzburg .....	16
Straßenbauförderungen 2010 in Unterfranken.....	17
Militärkonversion und „Stadtumbau West“ in Kitzingen .....	18
Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen .....	19
Konjunkturpaket zeigt Wirkung – Erste Projekte fertig gestellt .....	20
<b>SCHULEN</b>	
3. Bayerische Theatertage: Theater schlägt Brücken.....	21
Mittelschulen: Unterfranken gut aufgestellt.....	22
Kinder–Lehrer–Eltern bauen Brücken .....	24
„Übergänge gestalten!“ .....	25
<b>UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>	
Auftakt BayernTour Natur: Mit Mauern zu mehr Vielfalt .....	26
Biosphärenreservat Rhön: „Diese Landschaft liegt uns besonders am Herzen“ .....	27
Agenda 21: Nachhaltigkeit bleibt zentrales Thema .....	28
Hochwasser – Risiken kennen, gemeinsam handeln.....	29
AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – bunt, international und ausgezeichnet .....	30
<b>GEWERBEAUFSICHTSAMT</b>	
Präzisionsarbeit beim Sprengen an der Haseltalbrücke .....	31
Temperatur und Blutdruck o.k.? .....	32
Verminderung typischer Gefährdungen und Belastungen in Kindertagesstätten .....	33
Arbeitsschutz auf dem Dach.....	34
Alle Neune – Wanderausstellung präsentiert neue Chemikalienkennzeichnung.....	35
<b>ORGANISATIONSPLAN</b> .....	36
<b>IMPRESSUM</b> .....	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

auch das Jahr 2010 verging wie im Flug – ein für Unterfranken erfolgreiches Jahr, wie ich meine. Hat doch der konjunkturelle Aufschwung auch die unterfränkische Wirtschaft voll erfasst. Die unterfränkische Arbeitslosenquote betrug Ende letzten Jahres 3,5%. Sie lag damit nach wie vor unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,8% und deutlich unter dem Bundesschnitt. Unterfranken kann sich also sehen lassen: Die unterfränkische Wirtschaft wächst und unsere Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit unseren Hochschulen an der Spitze genießen hohe Anerkennung.

Im Hinblick auf den zunehmenden Mangel an Fachkräften gilt es weiterhin, alle gesellschaftlichen Ressourcen zu mobilisieren. Zum Abbau des Fachkräftemangels können die neuen Mittelschulen und Mittelschulverbünde künftig einen wichtigen, da noch mehr berufsorientierten Bildungsbeitrag leisten. Das Angebot an Ganztagschule, Mittlerem Bildungsabschluss, berufsorientierten Zweigen und der Kooperation mit der regionalen Wirtschaft macht dies den Schülern möglich. Mittlere und berufsorientierte Bildungsabschlüsse sind gute Voraussetzungen für den Eintritt in das Arbeitsleben. Die Regierung von Unterfranken hat sich daher im letzten Jahr für den Ausbau der Hauptschulen zu Mittelschulen und die Bildung von Mittelschulverbänden im Besonderen stark gemacht. So konnten wir zum Jahresende mit einer Umwandlung von bereits 90% unserer Hauptschulen in Mittelschulen bayernweit ein absolutes Spitzenergebnis erzielen.

Darüber hinaus hat die Regierung von Unterfranken im Jahr 2010 – wie Sie sich auch anhand dieser Broschüre überzeugen können – erneut eine Vielzahl an Aufgaben gemeistert sowie Veranstaltungen und Projekte betreut und auf den Weg gebracht, bei denen die Bürger zu Recht nachhaltiges Handeln des Staates erwarten und Kooperation mit den gesellschaftlichen Gruppen einfordern. Exemplarisch seien etwa als größere Veranstaltungen genannt: Die mittlerweile 9. Städtebauförderungstagung, das 6. Würzburger Wasserforum, das Unterfränkische Integrationsforum und auch die bei den unterfränkischen Betrieben gut eingeführte, mittlerweile 4. Fachtagung Arbeitsschutz des Gewerbeaufsichtsamtes. Die ebenso auf überwältigendes Interesse gestoßenen Informationsveranstaltungen zum demographischen Wandel und zum kommunalen Flächenmanagement thematisierten zudem Aufgabenfelder, deren wir uns auch zukünftig besonders annehmen müssen.



Liebe Leserin, lieber Leser,

für mich persönlich kam 2010 hinzu, dass ich auf eine zehnjährige Amtszeit als Regierungspräsident von Unterfranken zurückblicken konnte. In den zurückliegenden Jahren haben wir – alle, die in Unterfranken Verantwortung tragen – viel für die Zukunft unserer Heimat erreicht. Aus der Fülle der Aufgaben einer Bündelungsbehörde können wir an dieser Stelle immer nur einige Bereiche herausgreifen. Mein persönlicher Dank gilt aber allen, die sich nicht nur im Jahr 2010, sondern über viele Jahre hin tatkräftig und nachhaltig für die Belange Unterfrankens eingesetzt und hervorragende Arbeit geleistet haben.

Ich würde mich freuen, wenn Sie auch am Jahresblick 2010, unserer bereits 4. Ausgabe, Gefallen finden könnten. Ich hoffe, dass wir Ihnen mit der angebotenen Themenpalette einen kleinen Querschnitt unserer vielfältigen Aufgabenschwerpunkte des vergangenen Jahres vermitteln können. Für Rückfragen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch persönlich gern zur Verfügung.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Paul Beinhofer'.

Dr. Paul Beinhofer  
Regierungspräsident  
von Unterfranken

# Bayerisches Kabinett tagte in Bad Kissingen

Seehofer und Zeil: „Wichtiges Unterstützungssignal für die Region“

Am 07. Juli 2010 war es soweit. Der Bayerische Ministerrat, angeführt vom Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, tagte erstmals in Bad Kissingen. Gut vorbereitet wurden der Ministerpräsident, die Bayerischen Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in Bad Kissingen von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Landrat Thomas Bold und Oberbürgermeister Kay Blankenburg empfangen. Nach der offiziellen Begrüßung, der Diskussion mit Bevölkerungsgruppen vor Ort, dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Bad Kissingen und verschiedenen Aufwartungen, bei denen natürlich die unterfränkische Weinkönigin und deutsche Weinprinzessin Melanie Unsleber (aus dem Landkreis Bad Kissingen, Ramsthal, stammend) nicht fehlen durfte, ging es dann mit etwas Verspätung in die eigentliche Kabinettsitzung. Im Mittelpunkt der Beratungen, an denen auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer teilnahm, standen, wie bei derartigen regionalen Kabinettsitzungen üblich, vorrangig regionale Themen. Neben weiteren unterfränkischen Themen ging es im Wesentlichen um die Zukunftsperspektiven der Region Main-Rhön.

leisten wir einen wichtigen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und für zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wohlstand in einer Region, die leistungsfähig, sozial und lebenswert ist.“ Eingangs hob Ministerpräsident Seehofer auch gegenüber der Presse die gute Arbeit und hohe Bedeutung der Regierung von Unterfranken für die Entwicklung des unterfränkischen Raumes hervor.

Bezogen auf die Region Main-Rhön wurde unter anderem dann Folgendes beschlossen:

- Bad Neustadt soll erste bayerische Modellkommune für Elektromobilität werden.
- Bayern unterstützt die Initiative für ein Technologietransferzentrum für Elektromobilität Schweinfurt/Bad Neustadt.
- Im Landkreis Bad Kissingen soll in den nächsten vier Jahren ein Zentrum für Telepräsenzmedizin entstehen.
- Bayern setzt auf die Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Rhön.

Foto: Stadt Bad Kissingen



Eintrag ins Goldene Buch

Seehofer und Zeil äußerten sich wie folgt: „Mit der Kabinettsitzung geben wir den Menschen in der Region Main-Rhön das Signal: Die Staatsregierung ist an ihrer Seite. Wir unterstützen konsequent den Ausbau der vorhandenen regionalen Kompetenzen und eröffnen neue Zukunftsperspektiven. Mit unseren Beschlüssen

Die Elektromobilität als innovative Technologie wird eine der tragenden Säulen des neuen Zukunftsprogrammes „Aufbruch Bayern“ sein, gab Ministerpräsident Horst Seehofer bekannt. Er zeigte sich überzeugt, dass die Elektromobilität auch weit über den Automobilbau hinaus zu einem großen Treiber des technischen Fortschritts

und Motor für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung in Bayern wird. Es gehe ihm hier um einen sehr umfassenden Ansatz. Auch im Zusammenhang mit der notwendigen Kernzonenerweiterung des Biosphärenreservats Rhön werde man auf jeden Fall eine Lösung finden, war sich der Ministerpräsident sicher.

Der Kabinettsitzung mit anschließender Pressekonzferenz schloss sich das Besuchsprogramm des Ministerpräsidenten und einiger Minister vor Ort an. Nachdem die zahlreichen Beschlüsse des Kabinetts mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen hatten, besuchte schließlich Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber in Vertretung des Ministerpräsidenten die Staatliche Berufsschule Bad Kissingen. Ministerpräsident Horst Seehofer selbst eilte zum Siemens-Elektromotorenwerk im Bad Neustädter Stadtteil Brendllorenzen, um dort an einer Gesprächsrunde zu „Zukunftstechnologien im Landkreis Rhön-Grabfeld“ gemeinsam mit Landrat Thomas Habermann und dem Leiter des Siemens-Elektromotorenwerks Michael Frank sowie weiteren Vertretern aus der Region teilzunehmen. Wirtschaftsminister Martin Zeil sprach beim Richtfest des neuen Beruflichen Fortbildungszentrums der Bayerischen Wirtschaft in Bad Kissingen, das erheblich mit Mitteln des Konjunkturpakets II gefördert werden konnte. Familienministerin Christine Haderthauer machte zeitgleich der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ der Stiftung Sudentendeutsches Sozial- und Bildungswerk ihre Aufwartung.

Fazit: Eine für Unterfranken rundum erfolgreiche Kabinettsitzung, bei welcher thematisch und organisatorisch viele Mitarbeiterinnen und



Foto: Stadt Bad Kissingen

*Bad Kissingen – ein königliches Vergnügen! Umgeben von königlichen Hoheiten wurde das Bayerische Kabinett mit Ministerpräsident Horst Seehofer und seinem Stellvertreter Staatsminister Martin Zeil an der Spitze in Bad Kissingen herzlich willkommen geheißen.*

Mitarbeiter der Regierung, zum Teil schon weit im Vorfeld, eingebunden waren. Hierzu ließ Ministerpräsident Horst Seehofer über unseren Regierungspräsidenten allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich seinen herzlichen Dank ausdrücken.

Johannes Hardenacke



Foto: Sigrid Brunner (Rhön- u. Saalepost)

*In Bad Neustadt sprach Ministerpräsident Horst Seehofer gleich nach seiner Ankunft mit Siemensmitarbeitern. Entsprechend groß auch das Medieninteresse.*

#### Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: [pressestelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:pressestelle@reg-ufr.bayern.de)

## 8. Ressortübergreifende Führungfortbildung der Regierung von Unterfranken

Die jährlichen Führungskräfteklausuren nehmen bei der Regierung von Unterfranken einen hohen Stellenwert ein. Dienen sie doch dem bereichsübergreifenden Erfahrungsaustausch auch mit dem Präsidium und der Behandlung aktueller Themen. So trafen sich die Führungskräfte der Regierung von Unterfranken Mitte November 2010 zur 8. Führungskräfteklausur in der Tagungsstätte St. Markushof in Gadheim. Diesmal auf dem Programm: „Die Kosten- und Leistungsrechnung als Steuerungsinstrument“.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer betonte in seiner Begrüßung die Bedeutung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) für eine ständige Optimierung der Arbeitsprozesse und eine offensive Darstellung des Ressourceneinsatzes der Regierung als Bündelungsbehörde gegenüber Politik und Bürgern. In der anschließenden ganztägigen Fortbildungsveranstaltung setzten sich die Führungskräfte nach einem Vortrag von Hochschullehrer Armin Thoma von der „Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern“ in einem Workshop aktiv mit den Möglichkeiten der KLR mit dem Ziel eines wirkungsvollen Controllings auseinander.

Ressortübergreifende Führungsklausuren finden an der Regierung von Unterfranken, initiiert vom Regierungspräsidenten, seit 2000 in regelmäßigem Turnus statt. Ausgangspunkt für die Einrichtung einer regelmäßigen Führungskräfteklausur war die Erkenntnis, dass die jeweiligen Fachressorts der Ministerien zwar ihren Führungskräften Führungskräftebildungen anbieten, es aber an einer ressortübergreifenden

Führungskräftefortbildung an der Regierung von Unterfranken bislang fehlte. Gleichwohl werden an alle Führungskräfte in der Regierung, unabhängig von ihrer Ressortzugehörigkeit, vergleichbare Anforderungen gestellt. Ziel war es also, allen Führungskräften einerseits ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln, ihnen Problemlösungsstrategien an die Hand zu geben und darüber hinaus die Führungskräfte stärker in den Leitbildprozess zu integrieren. Begonnen wurde im Jahr 2000 mit einem Strategieworkshop.

Im Laufe der Jahre beschäftigten sich die Führungskräfte mit wichtigen Führungsthemen wie den Aufgaben, Zielsetzungen und Rahmenbedingungen der Regierung von Unterfranken, weiterhin mit Themen des Gesundheitsmanagements, der Verwaltungsreform, des Projektmanagements und im Jahr 2009 mit dem Thema „Demographischer Wandel in Unterfranken“ unter wissenschaftlicher Begleitung der Universität Würzburg. Viele Ideen und Zielsetzungen, die in den Diskussionen und Workshops der Führungsklausuren entstanden, wurden anschließend in der Praxis umgesetzt bzw. hieraus Folgeveranstaltungen entwickelt. Dabei wurden auch außenwirksame Themen auf den Weg gebracht wie z.B. die Informationsveranstaltung der Regierung von Unterfranken mit Staatssekretär Gerhard Eck Anfang Mai 2010 für kommunale Entscheidungsträger zu den „Auswirkungen des demographischen Wandels in Unterfranken“.

Susanne Horas  
Dr. Gernot Janke

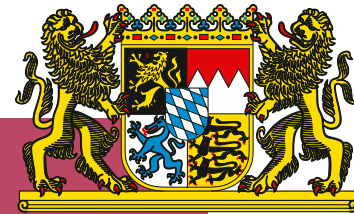
### Kontakt

Tel.: 0931/380-1248

E-Mail: [personalstelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:personalstelle@reg-ufr.bayern.de)



*Bei der Führungskräfteklausur 2010 zur „Kosten- und Leistungsrechnung“ stand intensive Workshoparbeit in mehreren Gruppen mit einem anschließenden Austausch der Ergebnisse auf dem Programm.*



In den Führungskräfteklausuren wurden u. a. folgende Leitlinien und Ziele für die Regierung von Unterfranken herausgestellt:

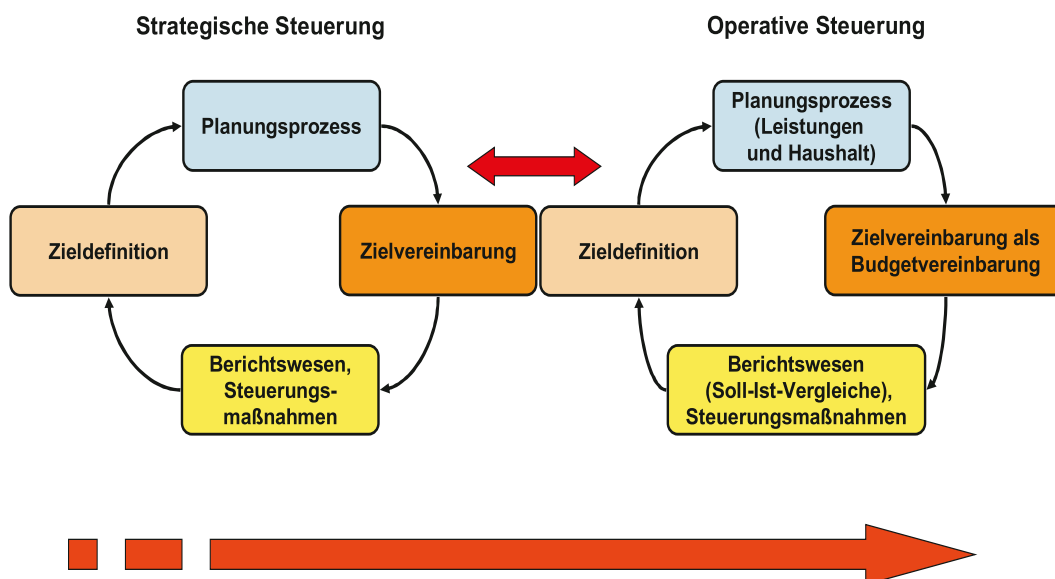
### Materielle Aspekte

- Standortvorteile Unterfrankens im Standortwettbewerb ausspielen und stärken (Infrastruktur, Wissenschaftspotenzial, „Gesundheitsregion“, kulturelles Erbe etc.)
- Förderquellen von EU, Bund und Land für Unterfranken ausschöpfen (es dürfen keine für Unterfranken bereit gestellten Mittel verfallen)
- Kulturelles Eigenprofil Würzburgs und der Region sichern („kein Hinterland von Frankfurt oder Nürnberg“)
- Ländlichen Raum stärken – auch durch Förderung kommunaler Allianzen
- Region Unterfranken (Mainfranken/Bayerischer Untermain) offensiv vermarkten
- AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ als eine regionale Antwort auf den Klimawandel fortführen und ausbauen
- Zukunftsfähige Strukturen für eine optimale Entwicklung unserer Jugend schaffen
- Netzwerke für eine dauerhafte Integration der Zuwanderer in Unterfranken knüpfen und fördern
- Regionale Antworten auf den demografischen Wandel entwickeln

### Herausragende aktuelle Einzelziele

- Sechsstreifiger Ausbau der A 3
- Kommunen bei der flächendeckenden Breitbanderschließung motivieren und fördern
- Vom Truppenabbau betroffene Kommunen bei der Konversion unterstützen
- Universitätserweiterung auf dem Gelände der ehemaligen Leighton Barracks bis 2011 verwirklichen
- Angebot an Ganztagschulen ausbauen

## Zielvereinbarungen Strategische und Operative Steuerung





## „Vom Weinfest bis zur Open-Air-Veranstaltung“

Neues Rahmenkonzept zur Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden, Polizei, Jugend- und Gesundheitsämtern vorgestellt

Die Zunahme des Alkoholmissbrauches bei Jugendlichen, aber auch Gewaltdelikte und Vandalismus bei Veranstaltungen bereiten den Sicherheitsbehörden, der Polizei, aber auch den Jugend- und Gesundheitsämtern zunehmend Sorgen. Um dem entgegenzuwirken, hat das Polizeipräsidium Unterfranken in Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken ein Rahmenkonzept zur Bewältigung von Problemlagen bei Vergnügungsveranstaltungen in Unterfranken erarbeitet, das den örtlichen unterfränkischen Sicherheitsbehörden (den Städten, Märkten und Gemeinden) als Arbeitshilfe und Handlungsanleitung zur Verfügung gestellt wurde.



Bildeten beim gemeinsamen Pressegespräch das Podium (von links nach rechts): Polizeipräsidentin Liliane Matthes, Helmuth Backhaus vom Stadtjugendamt Schweinfurt, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Martin Heyn vom Gesundheitsamt Würzburg.

Rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltungssaison 2010 präsentierten Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Unterfrankens Polizeipräsidentin Liliane Matthes dieses Rahmenkonzept erstmalig der breiten Öffentlichkeit. Unterstützt wurden sie dabei von Helmuth Backhaus vom Stadtjugendamt Schweinfurt (Suchtprävention) und Martin Heyn vom Gesundheitsamt Würzburg, die über ihre praktischen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Alkoholmissbrauch Jugendlicher gerade auch bei Veranstaltungen berichteten.

Der gemeinsame Medienauftritt verdeutlichte zugleich die Kernbotschaft des neuen Rahmenkonzepts: Die enge Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden untereinander, aber auch mit den Veranstaltern ist die entscheidende Grundlage für den Erfolg der getroffenen Grundsatzergebnisse, im Sinne für mehr Sicherheit und Jugendschutz bei Veranstaltungen. Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit gilt für alle Stadien von Veranstaltungen, von der Vorbereitungsphase (einschließlich der bescheidmäßigen Umsetzung von Auflagen), der Durchführungsphase (einschließlich der notwendigen und auch gemeinsamen Kontrollen) bis zur Nachbereitungsphase (einschließlich der Erstellung und Auswertung der Sicherheitsberichte). Eine Erkenntnis, die Mitte 2010 im Zusammenhang mit den Geschehnissen in Duisburg anlässlich der Love-Parade leider traurige Bestätigung gefunden hat.

Für die kommenden Fest- und Veranstaltungsreihen gilt in Unterfranken allerdings weiterhin:

Die Bevölkerung soll Feste feiern können, ohne Angst vor unliebsamen Ereignissen und Schädigungen haben zu müssen, frei nach dem Motto: Genuss ohne Reue.

Johannes Hardenacke



Gemeinsam gegen Alkoholmissbrauch, Gewaltdelikte und Vandalismus bei Veranstaltungen: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Polizeipräsidentin Liliane Matthes ziehen an einem Strang

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1701

E-Mail: [allgemeine.verwaltung@reg-ufz.bayern.de](mailto:allgemeine.verwaltung@reg-ufz.bayern.de)



# LÜKEX 09/10: Länderübergreifende Krisenmanagement-Übung des Bundes

## Regierung von Unterfranken übte erfolgreich die Katastrophe

Seit der ersten bundesweiten LÜKEX-Übung 2004 ist „Lükex“ auch an der Regierung von Unterfranken ein bekannter Begriff. Steht „Lükex“ doch für regelmäßige, besondere länderübergreifende Krisenmanagement-Übungen des Bundes mit jeweils unterschiedlich gewählten Schwerpunkten. Bei „LÜKEX 09/10“ bildeten bundesweit verschiedene terroristische Anschläge und Schadensereignisse mit möglichem terroristischen Hintergrund das gespielte Übungsgeschehen. Übungsbeteiligte in Bayern waren unter anderem neben der Staatskanzlei und den verschiedenen betroffenen Ministerien, die Regierungen von Oberbayern, Mittelfranken und Unterfranken. In Unterfranken selbst beteiligt waren das Landratsamt Bad Kissingen und das Landratsamt Würzburg.

Eine große Herausforderung also auch für die Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) bei der Regierung von Unterfranken. Galt es doch in der Übungswoche vom 25.- 29. Januar 2010 und insbesondere im Schichtbetrieb an den Kernübungstagen 27./28. Januar 2010 im Rahmen einer durchgängigen 34-Stunden-Stabsrahmenübung unsere Leistungsfähigkeit und Schlagkraft bundesweit unter Beweis zu stellen. Dabei hatten es die zwar „gespielten“, aber durchaus realistischen Einlagen in sich. Drei Schadensszenarien bildeten in Unterfranken den Schwerpunkt: Ein größerer Bahnunfall im Bereich Rottendorf mit Explosionen und in der Folge mit der Freisetzung giftiger Schadstoffe führte zu größeren Evakuierungsmaßnahmen in der Umgebung von Rottendorf und Teilen Würzburgs. Im Landkreis Bad Kissingen kam es nach einem Flugzeugabsturz zu einer Entgleisung eines ICEs. Und als „Zugabe“ der hiesigen Übungsleitung war schließlich noch am 2. Kernübungstag ein Schiffsunfall an der Staustufe Heubach (Landkreis Miltenberg) zu bewältigen. Eine Besonderheit der aktuellen bundesweiten Übung war dabei sicherlich, dass diesmal auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen besonderen Übungsschwerpunkt bildete.

### Die übende Mannschaft, die Führungsgruppe Katastrophenschutz

Die übende Mannschaft, die Führungsgruppe Katastrophenschutz bei der Regierung von Unterfranken, setzte sich aus den insoweit zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung und weiteren externen Fachberatern zusammen. Letztere wurden von der Bayerischen Polizei, der Bundespolizei, dem Bezirksverbindungskommando der Bundeswehr, der Deutschen Bahn AG, den Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk, der Psychosozialen Notfallvorsorge und der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg gestellt.

Aufgabe dieser übenden Mitarbeiter war es, die eingespielten, fiktiven Anschlagsszenarien zu bewältigen. Nach der üblichen „Warmlaufphase“ hatten sich alle Beteiligten in ihre Aufgaben rasch eingefunden und gingen diese mit der nötigen Umsicht und Zielstrebigkeit an. Die Aufgaben konnten dank der im Vorfeld gesammelten Vorübungen und Erfahrungen gut bewältigt werden. Der erforderliche Schichtbetrieb war für viele Mitwirkende dabei aber sicherlich ungewohnt, wurde jedoch mit viel Engagement bewältigt. War es doch gerade Übungszweck, einen gewissen Dauerbetrieb über mehrere Schichten, demnach auch in der Nacht, zu erproben.

Insgesamt also eine durchaus anspruchsvolle und anstrengende Übung, aber mit großem Erfolg für das Krisenmanagement der Regierung von Unterfranken. Der Dank des Regierungspräsidenten galt daher am Schluss allen internen und externen Übungsbeteiligten, die erneut über eine lange Zeit mit viel Herzblut an der Vorbereitung und der Durchführung der Übung beteiligt waren.



*Lagekartenführer Wolfgang Adelmann informiert Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei einer Lagebesprechung der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) über das aktuelle Übungsgeschehen.*



*Die Leitungs- und Steuerungsgruppe bzw. die „Einspieler“ im Großen Sitzungssaal unter Mitwirkung der externen Organisationen von der Bundeswehr, der Feuerwehr, dem THW bis zu den verschiedenen Hilfsorganisationen unter Leitung des Bereichsleiters, Abteilungsdirektor Hans-Georg Rüth (am Bildschirm stehend), sorgten für möglichst realistische Übungsbedingungen, hier mit medizinischer Unterstützung von Dr. Rainer Schuá (Bildschirm sitzend), Sachgebietsleiter Gesundheit, Pharmaziewesen.*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1701

E-Mail: [katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de](mailto:katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de)

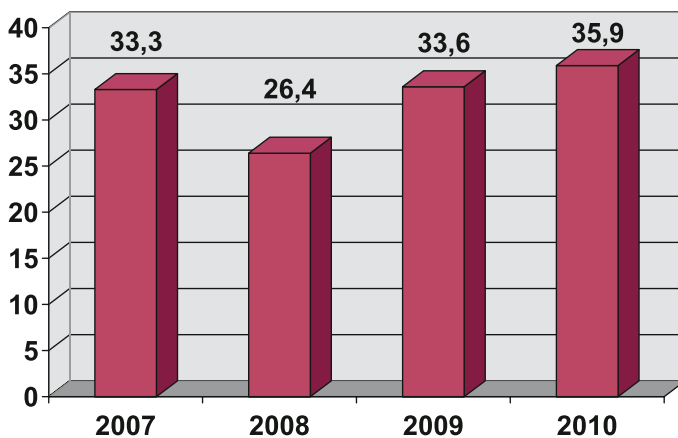
# Kommunaler Finanzausgleich in Unterfranken auf Rekordniveau

## 35,9 Millionen Euro für kommunale Schulbaumaßnahmen in Unterfranken

Für den Bau und die Sanierung von Schulen und Schulsporteinrichtungen im Regierungsbezirk Unterfranken konnte die Regierung von Unterfranken im Jahr 2010 die Rekordsumme von 35,9 Millionen € an staatlichen Zuweisungen für insgesamt 87 Projekte der unterfränkischen Landkreise, Städte und Gemeinden bewilligen. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs nach Art. 10 Finanzausgleichsgesetz im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. Die Mittel werden der Regierung vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen bereitgestellt.

Gefördert werden durch die Regierung der Neubau, die Erweiterung, der Umbau und die Generalsanierung von schulischen Projekten sowie die erstmalige Beschaffung von berufsspezifischer Ausstattung für berufliche Schulen. Im Rahmen einer Sonderförderung werden bis zum Jahr 2013 auch Baumaßnahmen für die

Zuweisungen für Schulbaumaßnahmen in Unterfranken 2007 – 2010 in Millionen €



Ganztagsbetreuung gefördert. Der Erwerb von Immobilien ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls förderfähig.

Die Zahl der bei der Regierung von Unterfranken eingereichten Förderanträge ist seit 2007 stark angestiegen. Dabei konnte in der letzten Zeit im Gleichschritt auch die staatliche Förderquote beim kommunalen Finanzausgleich deutlich angehoben werden. Dies zeigt die entsprechende Statistik der Zuweisungen für den Regierungsbezirk Unterfranken.



Foto: Landkreis Kitzingen

Erweiterung und Generalsanierung des Armin-Knab-Gymnasiums in Kitzingen. Gesamtkosten: 14,3 Millionen €, Bauherr: Landkreis Kitzingen

Bei einer durchschnittlichen Förderquote von rund 40% bezogen auf die Gesamtkosten wurde von den unterfränkischen Landkreisen, Städten und Gemeinden mit den staatlichen Fördermitteln der letzten vier Jahre ein Investitionsvolumen von nahezu 300 Millionen € angestoßen.

Für die nächsten Förderjahre liegen der Regierung bereits 49 neue Förderanträge mit einem Investitionsvolumen von etwa 190 Millionen € vor. Für 23 dieser neuen Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 95 Millionen € wurde bereits eine vorzeitige Baufreigabe erteilt und damit die schnellstmögliche Realisierung dieser Schulbauprojekte ermöglicht.

Jürgen Weid

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1140

E-Mail: [sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de](mailto:sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Stadt Bad Kissingen

Erwerb und Ausbau der ehemaligen Amerikanischen Schule in Bad Kissingen zur Anton-Kliegl-Grundschule (jetzt: Sinnberggrundschule). Gesamtkosten: 3,3 Millionen €, Bauherr: Stadt Bad Kissingen

Nähere Informationen zum Förderprogramm und den Fördermodalitäten finden Sie im Internetangebot der Regierung von Unterfranken unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> im Bereich „Sicherheit und Kommunales“, Unterrubrik „Kommunale Angelegenheiten“, Förderung von Schulbauten und Schulsportanlagen.

# Literacy-Monat 2010 in Bayern

Abschlussveranstaltung im Congress Centrum Würzburg

Im Rahmen des Projekts „Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen“ hatte das Bayerische Familienministerium vom 20.03. bis 23.04.2010 landesweit die durch Presse und Rundfunk begleitete Aktion „Literacy-Monat 2010 in Bayern“ gestartet. Am 23. April 2010 fand dazu im Congress Centrum Würzburg die bayernweite Abschlussveranstaltung statt. Die Aktion hatte zum Ziel, ein öffentliches Bewusstsein für die herausragende Bedeutung der frühen Begegnung mit Schrift, Sprache und Büchern zu schaffen und dieses zu schärfen. Daneben sollte die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Projekt „Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen“ der Bayerischen Staatsregierung gelenkt werden. Ferner sollten die Kooperation von Kindertageseinrichtungen mit Bibliotheken, Büchereien und Buchhandlungen intensiviert werden sowie weitere Kooperationspartner, insbesondere Kindertheater, einbezogen werden.

Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke betonte in seiner Begrüßung den Zusammenhang frühester Sprachentwicklung, Sprach-

Staatsministerin Christine Haderthauer bedankte sich bei allen, die für Kinder, Familien und Kindertageseinrichtungen eine Vielzahl von Literacy-Angeboten entwickelt und erfolgreich erprobt hatten. Überall in Bayern sei in den Tageszeitungen von Aktionen und Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen zu lesen gewesen. Von Vorlese-Nachmittagen oder Lesenächten, die gemeinsam mit Eltern und öffentlichen Büchereien gestaltet worden waren. Von Autorenlesungen, von Theaterstücken und Filmprojekten, die aus selbstgeschriebenen Drehbüchern von Kindern entstanden seien. Auch Jugendämter hätten den Monat April zum Anlass genommen, die Literacy-Aktivitäten durch Begleitveranstaltungen in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken. Ein besonderer Dank der Ministerin galt auch dem Staatsinstitut für Frühpädagogik und der Regierung von Unterfranken, die zusammen mit dem Bayer. Staatsministerium den Literacy-Monat koordiniert und die Durchführung der Abschlussveranstaltung gemanagt hatten.



Werb für eine Verbesserung der Sprech- und Lesekompetenz: Staatsministerin Christine Haderthauer.

Reinhold Kuhn



Viele Schautafeln und Stände im Congress Centrum Würzburg luden zum Schmökern und Informationsaustausch ein.

und Leseförderung und späterer Sprach- und Literacykompetenz. Sprache, sprachliche Fähigkeiten und Literacykompetenz seien der Schlüssel zur Welt, Basis für schulischen und beruflichen Erfolg und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Für Literacy gibt es leider keine angemessene Übersetzung.

„Literacy“ bezeichnet die Fähigkeit eines Menschen, die Symbole einer Kultur – Zeichen, Schriftzeichen und Zahlen – zu verstehen und selbst anzuwenden. Literacy beinhaltet Erfahrungen mit der Lese- und Erzähkultur der jeweiligen Gesellschaft, Vertrautheit mit Literatur und anderen schriftbezogenen Medien (einschließlich Internet).

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1063

E-Mail: [soziales@reg-ufu.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufu.bayern.de)

## Der Schlüssel zur Welt:



Fotos: Kindertagesstätte Felsennelkenanger, München



## „Wort und Welt erschließen“

Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen als Beitrag zur „Integration“ von Migranten

Küçük küre, Piccolo mapamonde, Koulla Ardia, Маленький Глобус, Bota Atlas heißt „Kleiner Globus“ in türkischer, italienischer, tunesischer, russischer und albanischer Sprache. „Und das klingt gut.“ Der Kindergarten „Kleiner Globus“, der im Internet mit soviel Achtsamkeit und Wertschätzung auf die Nationenvielfalt seiner Kita-Besucher und deren Eltern aufmerksam macht, ist eine von sechs AWO-Einrichtungen, die bereits Ende 2009 als erste in Unterfranken die Sprachberatung erfolgreich absolviert hat. Zum Stand Ende 2010 nahmen in ganz Bayern über 1500 Kindertageseinrichtungen an einer solch staatlich geförderten Sprachberatung teil.



Stolz wird das Sprachberaterzertifikat präsentiert. Über das neue Gütesiegel freuen sich: (v.l.n.r.) Frank Alibegovic, AWO-Kreisverband Würzburg, Otilie Schmidt, Leiterin des AWO-Kindergarten „Kleiner Globus“, Sprachberaterin Petra de Marche, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Dr. Adolf Bauer, Bürgermeister der Stadt Würzburg, Bernhard Pammer, AWO-Bezirksverband Unterfranken.

### Sprache ist der Schlüssel zur Welt

Der Spracherwerb wird als Schlüssel-Meilenstein der kindlichen Entwicklung bezeichnet. Mit Hilfe der Sprache erfahren und begreifen Kinder Sinnzusammenhänge, erleben soziales Miteinander und finden ihren Platz in der Welt. Die ersten Jahre im Leben eines Kindes setzen den Grundstein für seine Sprach- und Literacykompetenz, für seine Einstellung und Offenheit zum Lernen und für seinen späteren Schul- und Bildungserfolg.



Sprache ist eine Schlüsselqualifikation und damit eine wesentliche Voraussetzung für schulischen und beruflichen Erfolg und für eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. (vgl. Bayer. Bildungs- und Erziehungsplan S. 207)

Deshalb ist Sprachförderung und Literacyerziehung ein Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in bayerischen Kindergärten und gesetzlich verankerte Kernaufgabe. Für alle Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf ist darüber hinaus

zusätzlich eine besondere Sprachförderung sicherzustellen. Sprachförderung und Literacyerziehung ist aber keine isolierte Aufgabe, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch alle Handlungsfelder der Kindertageseinrichtung.

### Sprachliche Bildung erfolgt in jeder Sprache auf die gleiche Weise

Wir wissen heute:

- Mangelnde Deutschkenntnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund sind nicht darauf zurückzuführen, dass sie zu Hause eine andere Sprache sprechen, sondern darauf, dass sie qualitativ nicht ausreichenden Kontakt zur deutschen Sprache haben und in ihren Familien sehr wenige Literacy-Erfahrungen in der deutschen Sprache sammeln können.
- Der gleichzeitige oder zeitversetzte Erwerb von zwei oder mehr Sprachen ist keine Überforderung der Kinder, sondern weltweit häufiger anzutreffen als der einsprachige Spracherwerb.

Für Erzieherinnen heißt das, die verschiedenen Sprachen der Kinder in den Gruppen aufzugreifen und einzusetzen. Migranteneltern sind hinsichtlich des Erst- und Zweitspracherwerbs zu informieren und zu unterstützen. Als Bildungspartner sollten sie in die Sprach- und Literacyförderung eingebunden und zum Beispiel als Lesepaten für mehrsprachiges Vorlesen gewonnen werden.

Weil kulturelle Aufgeschlossenheit und kulturelles Selbstbewusstsein heute für jeden, der sich in einer kulturell pluralen Gesellschaft bewegt, eine notwendige Kompetenz ist, brauchen auch deutsche Kinder ein Umfeld, das ihnen einen selbstbewussten und selbstverständlichen Umgang mit fremden Sprachen und Kulturen ermöglicht.

Um das pädagogische Personal in den Einrichtungen bei seiner verantwortungsvollen Arbeit nachhaltig zu unterstützen und ein hohes sprachliches Bildungsniveau für alle Kinder zu gewährleisten, hat die Bayerische Staatsregierung das Projekt „Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen“ ins Leben gerufen.

Das Projekt Sprachberatung ist ein Beratungs- und Fortbildungsangebot für das pädagogische Personal in bayerischen Kindertageseinrichtungen. Ziel der Sprachberatung ist, das Bildungskonzept der Einrichtung im Bereich Sprache und Literacy – mit Blick auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse – weiterzuentwickeln.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1077

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

# Millionen für neue Technologiezentren

## Startschuss für „Zentrum für innovative Nanotechnologien“ und „Nordbayerisches Anwenderzentrum für ultrahochoflösende Analytik“ in Würzburg

Die Regierung von Unterfranken konnte im Jahr 2010 im Rahmen von Projektförderungen mit Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) die Einrichtung eines „Zentrums für innovative Nanotechnologien“ und den Aufbau des „Nordbayerischen Anwenderzentrums für ultrahochoflösende Analytik“ anstoßen und damit einen herausragenden Erfolg bei der Stärkung des unterfränkischen Forschungsstandorts erzielen. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer sieht hierin einen weiteren wesentlichen Baustein, Unterfranken zu einem der innovativsten und führenden Forschungsstandorte in Deutschland zu formen.

Am 27. Mai 2010 konnte Beinhofer dem Präsidenten der Universität Würzburg, Prof. Dr. Alfred Forchel, zwei Zuwendungsbescheide in Höhe von insgesamt 4.230.000 € übergeben. Bei förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von



*Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei der Überreichung der Förderbescheide an Universitätspräsidenten Prof. Dr. Alfred Forchel (rechts).*

8.460.000 € entspricht dies einem Fördersatz von 50%. Diese Förderquote sichert neben Mitteln der Universität Würzburg und der Industrie auch die Anschubfinanzierung für die nächsten Jahre.

Die Zuwendung erfolgt im Rahmen des operationellen Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007-2013“ mit dem Ziel der EU-Prioritätsachse 1

„Innovations- und wissensbasierte Wirtschaft“, nachdem beide Projekte der Entfaltung technologischer Kompetenzen, der anwendungsorientierten Umsetzung von Forschungsergebnissen und der Steigerung von Kooperation und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft entsprechen.

Ziel des **Zentrums für innovative Nanotechnologien** ist es, das an der Universität Würzburg vorhandene umfangreiche Fachwissen zu anorganischen und organischen Halbleiterstrukturen zu bündeln und zu stärken, um damit besonders der fränkischen Wirtschaft Kooperationen im Forschungs- und Entwicklungsbereich für Nanobaulemente anbieten zu können. Im bundesweiten Vergleich beherbergt Bayern einen Großteil der Nano-Firmen Deutschlands. Um diese Führungsposition zu erhalten, wurde vor Jahren das Ziel formuliert, in Würzburg, dem Sitz des bayerischen Clusters für Nanotechnologie, ein Forschungsinstitut aufzubauen, das in Kooperation mit der Universität Würzburg überregionale Geltung erlangen kann. „Mit der Förderung sind wir diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen. Würzburg ist ein hervorragender Wissenschaftsstandort, dessen weiterer Ausbau im gemeinsamen Interesse unserer ganzen Region liegt,“ so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.

Am künftigen **Nordbayerischen Anwenderzentrum für ultrahochoflösende Analytik** werden – von hochauflösenden Elektronenmikroskopen bis hin zu Röntgendiffraktometern – Geräte zum Einsatz kommen, die es einer Vielzahl von Firmen aus dem fränkischen Raum ermöglichen werden, eine weite Palette anorganischer und organischer Materialien zu analysieren. Den Unternehmen wird ein stark diversifiziertes Analytikinstitut zur Seite stehen, das bundesweit seinesgleichen sucht.

Beide Einrichtungen dienen vor allem dem Transfer von Ergebnissen der Grundlagenforschung in Produkte und Entwicklungen von innovationsstarken Unternehmen. Für wachstumsstarke und technologieorientierte Branchen ist dies von existenzieller Bedeutung. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen werden zukünftig hiervon profitieren.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)



## Breitbandausbau in Unterfranken auf gutem Weg

Im Jahr 2010 war die Breitbandförderung in Unterfranken weiter auf einem guten Weg. Dies lag vor allem an der vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Landkreisen, den Landratsämtern und den Gemeinden. Besonders ländlich geprägte Gebiete profitierten von dem Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung. Allein in Unterfranken wurde der Zugang zum schnellen Internet in 2010 aus Bundes- und Landesmitteln mit insgesamt 6,85 Millionen € gefördert. 85 Kommunen konnten sich 2010 über einen Förderbescheid freuen. Seit Beginn der Breitbandförderung wurden somit in Unterfranken bislang 106 Kommunen mit insgesamt 8,18 Millionen € für investive Maßnahmen im Zuge der Breitbanderschließung bezuschusst.

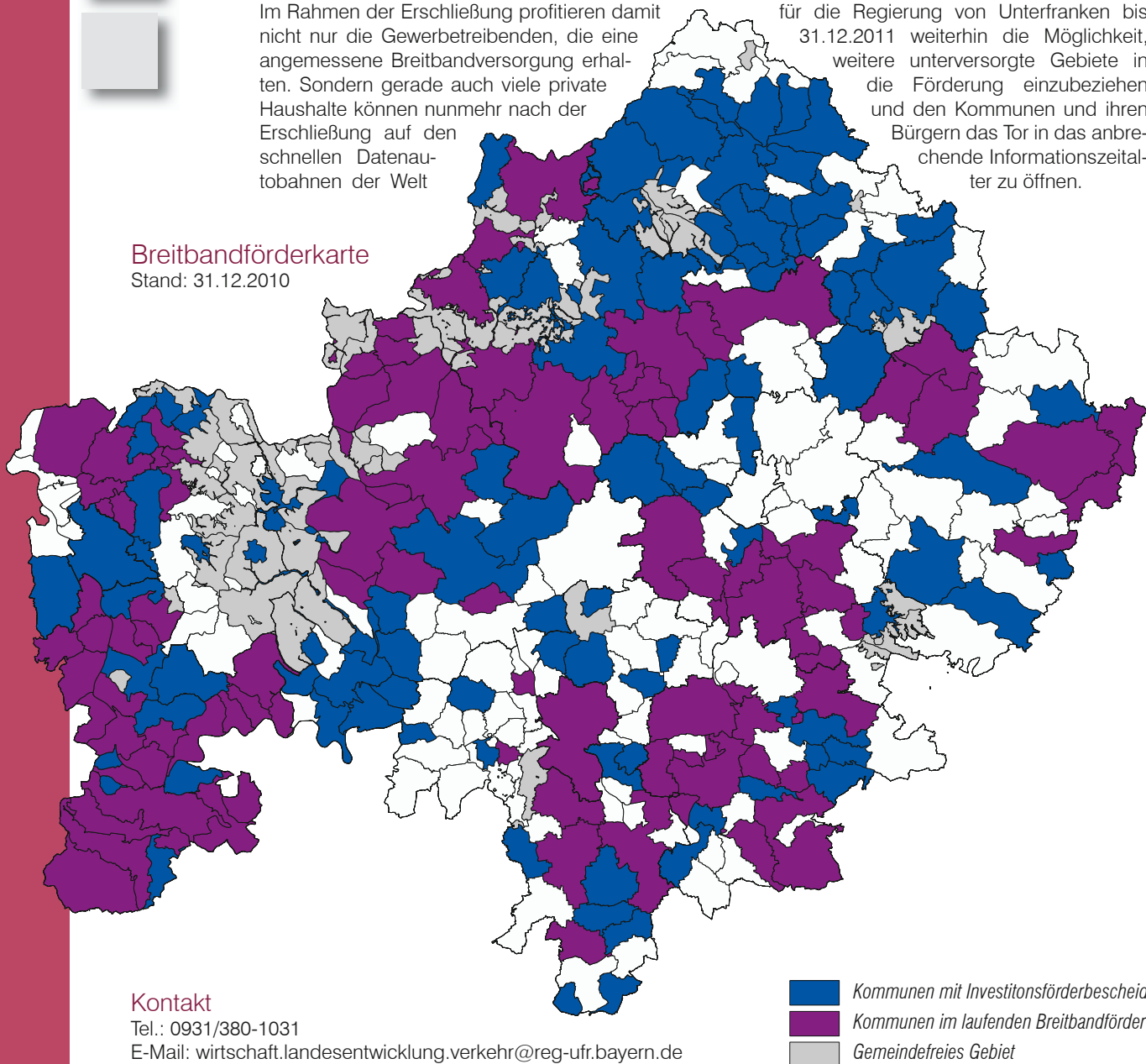
Im Rahmen der Erschließung profitieren damit nicht nur die Gewerbetreibenden, die eine angemessene Breitbandversorgung erhalten. Sondern gerade auch viele private Haushalte können nunmehr nach der Erschließung auf den schnellen Datenautostrassen der Welt

surfen. In Zahlen ausgedrückt, profitieren von der bewilligten Breitbandförderung in Unterfranken bislang über 50.000 Haushalte und über 8.000 Gewerbetreibende. Damit kommt die Regierung von Unterfranken dem ausgelobten Ziel näher, dass Kommunen mit der angebotenen staatlichen Unterstützung schnell und flächendeckend Zugänge zum schnellen Internet auch außerhalb der Zentren erhalten. Denn ohne schnelle Internetverbindung besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Orte bereits kurzfristig von den technischen und regionalen Entwicklungen abgehängt werden.

Um auch weiterhin die Breitbandversorgung im ländlichen Raum begleiten zu können, hat die Bayerische Staatsregierung das Förderprogramm um ein Jahr verlängert. Somit besteht für die Regierung von Unterfranken bis 31.12.2011 weiterhin die Möglichkeit, weitere unterversorgte Gebiete in die Förderung einzubeziehen und den Kommunen und ihren Bürgern das Tor in das anbrechende Informationszeitalter zu öffnen.

Matthias Siegel

Breitbandförderkarte  
Stand: 31.12.2010



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1031

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Leistungsfähige Schieneninfrastruktur in Unterfranken

## Regierung von Unterfranken stellt die Weichen für den Ausbau der Bahnstrecke Würzburg-Aschaffenburg

Die Regierung von Unterfranken hat nach intensiver Befassung im Jahr 2010 das Anhörungsverfahren für den Neubau der Schwarzkopftunnel-Umfahrung zwischen Heigenbrücken und Laufach mit der abschließenden Stellungnahme an das Eisenbahn-Bundesamt im Februar 2011 abgeschlossen und damit die Weichen für den Ausbau der Bahnstrecke Würzburg-Aschaffenburg durch die DB Netz AG gestellt.

Die stark belastete Schienenstrecke zwischen Würzburg und Aschaffenburg verbindet die Wirtschaftszentren des Rhein/Main-Gebietes mit Franken und weist internationalen Reise- und Güterzugverkehr auf. Das Vorhaben, den sanierungsbedürftigen Schwarzkopftunnel mit seiner Steilrampe zu ersetzen, ist Teil der Ausbaumaßnahmen auf dieser Schienenstrecke im Bereich Hanau-Nantenbach und im Bundesverkehrswegeplan enthalten.

Kern der Maßnahme ist der Neubau einer zweigleisigen, etwa sieben Kilometer langen Umfahrungsspanne auf dem Streckenabschnitt Heigenbrücken-Laufach, die den um 1854 erbauten eingleisigen Schwarzkopftunnel ersetzen und die Leistungsfähigkeit der Strecke erhöhen soll. Bereits seit Jahren wird der Schwarzkopftunnel durch kostspielige Maßnahmen verkehrssicher erhalten. Nach nunmehr 156 Jahren Betrieb ist er aber am Ende seiner wirtschaftlich sinnvollen Nutzbarkeit angekommen. Daneben stellt der Tunnel wegen seines Querschnitts und in Verbindung mit der steilen Rampe von Laufach nach Heigenbrücken ein gravierendes Hindernis für den stark wachsenden Schienengüterverkehr dar, das derzeit nur im Schiebebetrieb zu bewältigen ist. Die Umfahrungsspanne beinhaltet daher unter anderem den Neubau von vier Bahntunneln mit jeweils zwei eingleisigen Röhren. Der Schwarzkopftunnel soll aufgelassen und weitgehend verfüllt werden.

Ziel dieser Baumaßnahme ist die Schaffung einer leistungsfähigen und schnellen Bahnverbindung für übergehende Reisenden- und Warenströme zwischen dem Westkorridor im Rheingraben und dem Mittelkorridor Hamburg-Würzburg. Der vorgesehene Ausbau entspricht einem breiten Konsens von Wirtschaft und Kommunen in der Region, denn die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bahnstrecke Würzburg – Aschaffenburg ist von essentieller Bedeutung für die Schienenfernverkehrsanbindung Unterfrankens an das Rhein-Main-Gebiet und damit für den ICE-Knoten Würzburg. Zum Anderen soll so dem wachsenden transkontinentalen Güterverkehr eine leistungsfähige und umweltfreundliche Alternative zur parallelen, hoch belasteten Bundesautobahn A 3 geboten werden.

Die Regierung von Unterfranken wurde im Planfeststellungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz als Anhörungsbehörde im Auftrag des Eisenbahn-Bundesamtes tätig, welches die Entscheidung über den Planfeststellungsantrag – den Planfeststellungsbeschluss – erlassen wird.

Das umfangreiche Anhörungsverfahren wurde im März 2009 mit der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen und der Beteiligung der Fachbehörden eröffnet. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung erhoben mehrere hundert Privatpersonen aus Laufach und Heigenbrücken Einwendungen gegen das Vorhaben, die sich insbesondere mit dem Lärmschutz und der geplanten Ablagerung des Erdaushubs aus den vier Tunnelneubauten befassten.

An einem runden Tisch unter Moderation und fachlicher Leitung der Regierung von Unterfranken konnten bereits im Jahr 2009 Änderungen im Ablagerungskonzept der DB Netz AG herbeigeführt werden. Durch die Verlagerung der ursprünglich in unmittelbarer Nähe von Laufach geplanten Ablagerungsflächen 1 und 3 auf bahneigene Flächen im Schwarzbachtal wurde so eine erhebliche Verbesserung für die Bürger in Laufach erzielt und einer Vielzahl von Einwendungen entsprochen.

Diese und andere Planänderungen erforderten eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung und Auslegung der überarbeiteten Planunterlagen im Jahr 2010. In zwei umfangreichen Erörterungsterminen am 06./07. Oktober 2009 und 25. Oktober 2010 wurden die Planungen mit den Fachbehörden, Kommunen, Naturschutzverbänden und Bürgern diskutiert.

Die Regierung von Unterfranken hat damit in weniger als zwei Jahren die Planungsgrundlagen rechtlich aufgearbeitet und die umfassende Grundlage für die im Rahmen der Planfeststellung durch das Eisenbahn-Bundesamt zu treffende Abwägungsentscheidung zwischen allen betroffenen öffentlichen und privaten Belangen geschaffen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1208

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

Foto: Chancen-Region Mainfranken



„Schwarzkopftunnel – Tunnelportal aus der Bauzeit um 1854“

# Neue Qualität der Zusammenarbeit in Mainfranken

Entwicklungsgesellschaft „Region Mainfranken GmbH“ auf den Weg gebracht

Seit 1998 verfolgt die Arbeitsgemeinschaft Chancen-Region Mainfranken als Regionalmarketing-Initiative das Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mainfranken durch eine stärkere Zusammenarbeit der beteiligten Akteure zu verbessern und nach außen zu vermarkten. Nach mehr als 10 Jahren der Zusammenarbeit hatte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer als Vorsitzender den Prozess der kritischen Überprüfung der Arbeit der Chancen-Region angestoßen und begleitet. Die Analyse durch das Consultingunternehmen Regionomica bestätigte der Chancen-Region Mainfranken eine erfolgreiche Standortmarketing-Arbeit. Die Menschen identifizierten sich spürbar mehr mit ihrer Region Mainfranken. Die wirtschaftlichen Stärken Mainfrankens in den Kompetenzfeldern Automotive, Gesundheit und Neue Werkstoffe würden auch international stärker wahrgenommen. Angesichts des verschärften Wettbewerbs der Regionen bedürfe es jedoch einer neuen Qualität der Kooperation. Nachdem dieses Prüfungsergebnis vorlag, haben die Spitzen der kreisfreien Städte und Landkreise Mainfrankens gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten die konkrete Struktur und die Aufgaben einer neuen Regionalen Entwicklungsgesellschaft für Mainfranken erarbeitet:

Was die künftige Aufgabenstellung betrifft, bleibt erklärtes Ziel, Mainfranken auch künftig als eigenständige Region zwischen den

Metropolregionen Nürnberg und Frankfurt/Rhein-Main zu positionieren. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Region Mainfranken im nationalen und internationalen Kontext sowie ihre Lebensqualität zu sichern und auszubauen, reicht Marketing allein aber nicht aus. Die neue Gesellschaft soll daher auf allen für die regionale Entwicklung wichtigen Handlungsfeldern aktiv werden können, beispielsweise beim Verkehr, bei der Kultur, bei der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft oder bei der Bewältigung des demographischen Wandels.

Am 25. Oktober 2010 war es dann so weit. Mit der Gründung der „Region Mainfranken GmbH“ mit Sitz in Würzburg wurden verbindliche Kooperationsstrukturen und somit ein Meilenstein in der Entwicklung unserer Region geschaffen. Die Erkenntnis, dass man nur gemeinsam stark ist, ist das Eine. Die Umsetzung dieser Erkenntnis allerdings in konkrete Politik ist das Andere. Schlagkräftige Strukturen der Kooperation aufzubauen, ist heutzutage kein einfacher, aber ein notwendiger Weg. Bayernweit gibt es keine vergleichbar weit gefasste und professionelle regionale Entwicklungsgesellschaft.

Die sieben mainfränkischen Landkreise, die beiden kreisfreien Städte sowie die Wirtschaftskammern sind die Gesellschafter der künftigen GmbH. Erster Vorsitzender der neuen GmbH ist der Würzburger Oberbürgermeister, sein Stellvertreter der Landrat des Kreises Rhön-Grabfeld für zunächst zwei Jahre.

Dem Anliegen des Regierungspräsidenten, dass die kommunalen Spitzenvertreter mehr Führungsverantwortung in der neuen Gesellschaft übernehmen, da ein Regierungspräsident – gerade wenn es um die Artikulierung regionaler Interessen in München, Berlin oder Brüssel geht – aufgrund seines Amtes eher in einer Vermittlerrolle steht, wurde damit voll Rechnung getragen. Der Regierungspräsident wird durch einen festen Sitz in der Gesellschafterversammlung weiter aktiv bei der Arbeit der neuen Gesellschaft mitwirken. Erklärter Wunsch ist es, weitere mainfränkische Schlüsselakteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über einen „Rat der Region“ und mehrere Fachforen umfassend in die Entwicklungsarbeit für den Wirtschaftsstandort und Lebensraum Mainfranken einzubinden.

Oliver Weidlich



Foto: Wilfried Kenner

Ein Meilenstein in der Entwicklung Mainfrankens: Die Gesellschafter der neuen Region Mainfranken GmbH mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Unterzeichnen des Gesellschaftsvertrags.



## Kontakt

Tel.: 0931/380-1396

E-Mail: [wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)





# Demographischer Wandel in Unterfranken

Unterfranken muss laut Prognosen des Statistischen Landesamtes bayernweit mittelfristig mit dem zweitstärksten Rückgang der Bevölkerung nach Oberfranken rechnen. Diese Entwicklung vollzieht sich inzwischen nicht mehr nur in einzelnen Teilräumen, sondern in der gesamten Fläche. Auch andere Komponenten des demographischen Wandels wie die Alterung der Gesellschaft oder eine zunehmende Internationalisierung werden ausgeprägt spürbar werden.

Hierauf gilt es zu reagieren. Daher hat sich die Regierung von Unterfranken des Themas Demographie bereits seit einiger Zeit angenommen. Dabei wird gerade in einer Querschnittsbehörde die Vielfalt der betroffenen Bereiche wie auch die Vielfalt der Reaktionen deutlich. So ist der demographische Wandel beispielsweise ein wichtiges Thema des Regionalmanagements,

wird von der Regierung von Unterfranken thematisiert. Um dies zu meistern, hat die Regierung von Unterfranken eigens eine Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung“ eingerichtet, die sich diesem Komplex kontinuierlich widmet.

Auf große Resonanz mit rund 200 Teilnehmern stieß die von dieser Arbeitsgruppe am 7. Mai 2010 organisierte Informationsveranstaltung „Auswirkungen des demographischen Wandels in Unterfranken“, an der Innenstaatssekretär Gerhard Eck das Impulsreferat hielt. Die Veranstaltung in den Mainfrankensälen Veitshöchheim richtete sich insbesondere an die Kommunalpolitik, stieß aber auch bei Ämtern, Verbänden und bei den unterfränkischen Regionsmanagern auf reges Interesse.

Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zeigten ebenso wie Andrea Jonas vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung die „generelle“ Problematik der Entwicklung auf. Sie erläuterten, wie darauf reagiert werden könnte bzw. wie dies die bayerische Staatsregierung bereits tut. Daneben legten Fachvorträge den Fokus auf jeweils ein von der demographischen Entwicklung betroffenes Themenfeld: Schulentwicklung, Ärzteversorgung und Flächensparen. Zuletzt zeigte Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister in Altena (der am stärksten schrumpfenden Stadt in Nordrhein-Westfalen), dass sich eine Kommune trotz stark sinkender Einwohnerzahlen positiv entwickeln kann, wenn der demographische Wandel als Anlass genutzt wird, das eigene Handeln kritisch zu überprüfen und neue Wege einzuschlagen.



*Innenstaatssekretär Gerhard Eck betonte in seinem Referat die Stärken des ländlichen Raumes, die es infrastrukturell auszubauen gelte.*

das in vielen Landkreisen mit der Unterstützung des Sachgebiets 24 „Raumordnung, Landes- und Regionalplanung“ eingerichtet wurde. Aber auch der Städtebau beschäftigt sich in vielfacher Hinsicht mit der Anpassung an den demographischen Wandel, unter anderem durch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern. Diese Ausführungen ließen sich noch lange fortsetzen: Dass sich die demographische Entwicklung auch auf den Straßenbau, ÖPNV, die Ärzteversorgung oder Schulen auswirkt, ist selbstverständlich. All dies sind Aufgabenbereiche der Regierung von Unterfranken. Und nicht nur jedes einzelne Thema für sich, sondern auch die Verknüpfung der Aufgaben in ihrer Vielfalt



Stephan Albert

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1280

E-Mail: [wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)



Eine Veranstaltungsdokumentation mit allen Vorträgen, einigen Bildern sowie zahlreichen weiterführenden Links steht im Internet auf den Seiten der Regierung von Unterfranken zum Nachlesen bereit.

# Ein Großauftrag für den Staatlichen Hochbau – Neues Justizzentrum in Würzburg

Aufgrund des erheblichen Raummangels im ehemaligen Justizgebäude in der Ottostraße verteilten sich die Justizbehörden in Würzburg auf fünf Nebenstellen. Für die Recht suchenden Bürgerinnen und Bürger bedeutete dies viele Umständlichkeiten.

Durch den Neubau der Justizvollzugsanstalt mit 604 neuen Haftplätzen im Würzburger Stadtteil Lengfeld konnte im Jahr 1989 die alte Justizvollzugsanstalt in der Ottostraße geräumt werden. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, die Justizbehörden auf dem angestammten Areal in einem neuen Zentrum zusammenzuführen. Die technische und geschäftliche Oberleitung oblag dem Staatlichen Bauamt Würzburg.

## Das Strafjustizzentrum

Über einen im Jahr 1997 ausgeschriebenen zweistufigen europaweiten Wettbewerb wurde der Entwurf der Architekten Terbüchte aus Magdeburg ausgewählt. Der Abbruch der ehemaligen Justizvollzugsanstalt begann im Jahr 2000. Mit dem Abriss des früheren Wärterwohnhauses im Sommer 2001 wurde sodann eine Baufläche für das neue Strafjustizzentrum geschaffen.

Der im Oktober 2001 begonnene und im November 2004 fertig gestellte Neubau wird von der Ottostraße her erschlossen. Drei niedrig gehaltene Gebäudespannen, mit verglasten Passagen verbunden, setzen sich von der Monumentalität des Altbaus ab. Die Sitzungssäle mit Publikumsverkehr liegen im Erdgeschoss, in der Mittelspanne sind Dienst- und Versorgungseinrichtungen untergebracht. Die Büroräume finden sich im ersten Obergeschoss und im



Foto: Main-Post

*Im Namen des Volkes: Das steht auf der Lampe – und darunter stehen (v.l.n.r.) Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Justizministerin Dr. Beate Merk, die Würzburger Landgerichtspräsidentin Anna Maria Stadler und der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg, Peter Werndl.*

zurückversetzten Dachgeschoss. Das Strafjustizzentrum mit einem Bruttorauminhalt von 33.957 m<sup>3</sup> verfügt nun über eine Hauptnutzfläche von 4.495 m<sup>2</sup>. Die Baukosten betragen 22,7 Millionen €.

## Das Ziviljustizzentrum

Das alte Justizgebäude wurde nach den Plänen von Oberbaurat von Langenfuß in den Jahren 1889 bis 1892 im Stil der Neorenaissance errichtet. Im Bombenhagel des 16. März 1945 brannte der Monumentalbau bis zum Keller aus. Von 1947 bis 1953 erfolgte der Wiederaufbau mit mangelhaften Baustoffen (z. B. mit ausgeglühten Stahlträgern). Bei der Planung der Sanierung zeigten umfangreiche Untersuchungen erhebliche statische Mängel. Im Zuge der Generalsanierung konnten alle Außenwände, die tragenden Mittelwände und die Treppenhäuser erhalten werden. Die Natursteinfassaden wurden gänzlich restauratorisch überarbeitet.

Nunmehr sind die Büroräume im Altbau untergebracht, während der Sitzungssaalbereich in einem halbrunden Erweiterungsbau im Norden der historischen Zweiflügelanlage angeordnet ist. Hier ergänzen sich neues Bauen und alte Umgebung auf hervorragende Weise. Die Bauarbeiten begannen im Mai 2006; die Nutzungsübergabe erfolgte am 6. Juli 2010. Dr. Beate Merk, Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, bemerkte anlässlich der feierlichen Einweihung am 09. November 2010: „Würzburg beheimatet mit der gelungenen Generalsanierung des Ziviljustizzentrums einen wahren Stern in der Kette der prachtvollen bayerischen Justizgebäude.“ Das Ziviljustizzentrum verfügt mit einem Bruttorauminhalt von 72.000 m<sup>3</sup> nun über eine Hauptnutzfläche von 7.600 m<sup>2</sup>. Die Baukosten betragen 31,1 Millionen €.



Foto: Luftbild Bytomski, Würzburg

*Im Luftbild ist im Vordergrund der Neubau des Strafjustizzentrums zu erkennen. Dahinter liegt der zweiflügelige monumentale Altbau mit dem neu errichteten halbrunden Sitzungssaalbereich.*

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1413

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Straßenbauförderungen 2010 in Unterfranken

Straßenbauförderungen haben auch 2010 in Unterfranken den Kommunen wieder geholfen, bei der Verwirklichung des wichtigen Zieles, ihre Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, ein gutes Stück voranzukommen. Dabei konnten sie auf folgende Fördermöglichkeiten zurückgreifen, die in Bayern für Verkehrswege angeboten und gut wahrgenommen werden:

## Förderprogramm nach Art. 2 BayGVFG

Hier unterstützt der Freistaat Bayern die Kommunen beim Bau- bzw. Ausbau ihrer Straßen. Die Mittel werden ausschließlich für die Förderung von Investitionen in den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau verwendet. Auch Geh- und Radwege auf der Freistrecke von Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen sowie Gehwege innerhalb der Ortsdurchfahrten von Staatsstraßen, Kreisstraßen und Ortsstraßen können aus diesem Förderprogramm gefördert werden.



GVFG = Bayer. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz  
FAG = Finanzausgleichsgesetz

## Förderung nach Art. 13c FAG

Bei dieser Förderung handelt es sich um eine sog. Härtefallförderung. Finanzschwachen Kommunen stehen hier Fördermittel zur Verfügung, um dringende und unaufschiebbare Maßnahmen finanzieren zu können. Mit dem Art. 13c FAG-Förderprogramm wird überwiegend der Ausbau von Ortsstraßen, Gemeindeverbindungsstraßen und der Bau von Geh- und Radwegen gefördert.

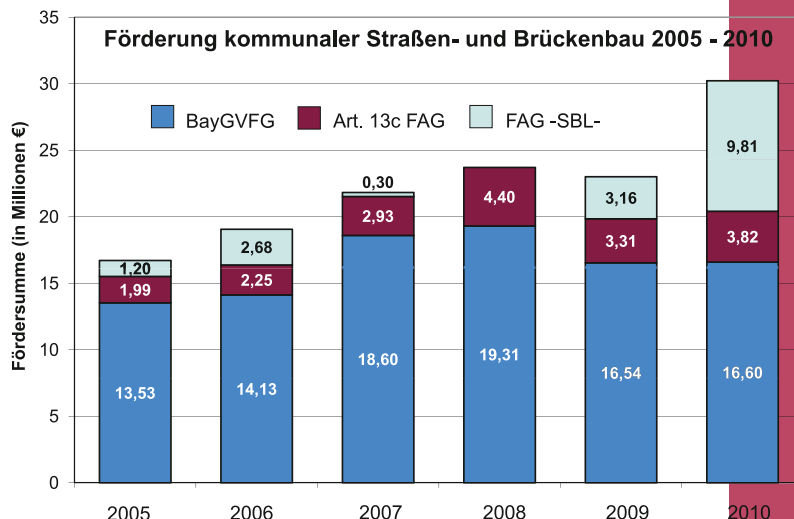
## Förderung nach Art. 13 Abs. 2 FAG (Sonderbaulastprogramm)

Mit dem Art. 13 Abs 2 FAG-Programm wurden zunächst Umgehungsstraßen im Zuge von



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Das hohe Interesse an der Verwirklichung des Zieles, die Verkehrsinfrastruktur der Kommunen zu verbessern, kann an Bildern wie diesem abgelesen werden, hier: Spatenstich für die Maßnahme St 2277, Geh- und Radweg Donnersdorf – Oberschwappach unter Beteiligung von Innenstaatssekretär Gerhard Eck (4.v.r.) und Landrat Harald Leitherer (Mitte).



Staatsstraßen gefördert, die von den jeweiligen Kommunen in freiwilliger Sonderbaulast übernommen werden.

Durch eine Erweiterung dieses Sonderbaulastprogramms, die auf zwei Jahre befristet ist (2010/2011), konnte ein großer Teil der geplanten Geh- und Radwege realisiert werden, die ohne dieses Programm nur aus Mitteln der Härtefallförderung hätten finanziert werden können. Ferner wird mit dem erweiterten Sonderbaulastprogramm auch der verkehrsgerechte Ausbau von höhengleichen Kreuzungen zwischen Staats-, Kreis- und Gemeindestraßen gefördert.

## Förderung in Unterfranken

Die in Unterfranken im kommunalen Straßenbau in den vergangenen Jahren bis einschließlich 2010 gemäß den vorgenannten Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellten Fördermittel sind in der vorstehenden Übersicht dargestellt:

Insbesondere das erweiterte Sonderbaulastprogramm, aus dem im Jahre 2010 und in den Folgejahren in Unterfranken insgesamt 22 Geh- und Radwegmaßnahmen gefördert werden, hat dabei inzwischen besondere Bedeutung erlangt.

Michael Tietze



Antragsteller: Gemeinde Donnersdorf,  
Landkreis Schweinfurt  
Gesamtkosten: 551.000 €  
Zuwendungsfähige Kosten: 538.000 €  
Zuwendungen: 404.000 €

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1438  
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

# Militärkonversion und „Stadtumbau West“ in Kitzingen

Auf dem Weg von der Garnisons- zur Innovationsstadt

In den 1960er Jahren waren am US-Garnisonsstandort Kitzingen bis zu 15.000 US-amerikanische Soldaten stationiert. Als im Herbst 2004 der amerikanische Präsident den umfangreichen Abzug der im Ausland stationierten Streitkräfte bekannt gab, lebten noch etwa 7.000 US-Amerikaner in Kitzingen, was etwa einem Viertel der Gesamtbewohner entspricht. Der angekündigte Komplettabzug aus Kitzingen bedeutete nicht nur das Ende der Ära als Garnisonsstadt, sondern auch den Leerstand verschiedener US-Liegenschaften auf einer Fläche von ca. 400 ha: Der US-Wohnsiedlung „Marshall-Heights“ mit ca. 700 Wohneinheiten (32 ha), der „Larson-Barracks“ (52 ha) mit angrenzendem Golfplatz, des ehemaligen Flugplatzes „Harvey-Barracks“ (215 ha) sowie weiterer kleinerer Siedlungsenklaven.



Foto: Stadt Kitzingen

Tower Harvey Barracks

Bei diesem Szenario war klar, dass auf Kitzingen eine große Zahl von Problemen zukommen würde. Um die Stadt zu unterstützen, hat die Regierung von Unterfranken noch im Jahr 2004 die Aufnahme der Stadt Kitzingen in das damals neu geschaffene Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ erreicht und den Konversionsprozess seither eng begleitet. Unter dem Motto „Von der Garnisons- zur Innovationsstadt“ wurde neben den ehemaligen Militärflächen auch die Altstadt mit dem Bereich der Mainpromenade als Stadtumbaugebiet mit entsprechendem Handlungsbedarf festgelegt. Parallel hierzu beauftragte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), als Grundstückbesitzerin der ehemaligen Militärareale die einzelnen Schritte zur Altlasten- und Kampfmitteluntersuchung.

Zwischenzeitlich sind, abgestimmt mit den Zielaussagen des Stadtentwicklungskonzeptes, verschiedene Erfolge des Konversionsprozesses zu verzeichnen. Als Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung kann der Verkauf der Larson-Barracks im Oktober 2010 als bisher größter Schritt der zivilen Nachnutzung der einstigen Militärflächen bezeichnet werden. Die INNOPARK Kitzingen GmbH will dort einen

„Innovations- und Gewerbepark“ errichten, wo mit der Ansiedelung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen innerhalb der nächsten fünf Jahre 450 neue Arbeitsplätze entstehen sollen.



Foto: Main-Post

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann bei der „Baukonferenz Konversion“ am 10.09.2010

In Anerkennung der besonderen Herausforderungen wählte die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die Stadt Kitzingen als Tagungsort ihrer „Baukonferenz Konversion“, die am 10. September 2010 in der Alten Synagoge stattfand. Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann hob dabei vor Bundestags- und Landtagsmitgliedern, Bürgermeister sowie zahlreichen Behörden- und Verbandsvertretern aus ganz Bayern die zentrale Bedeutung der Städtebauförderung, insbesondere auch für den Konversionsprozess in Kitzingen, hervor. Die Stadt Kitzingen konnte im Programm „Stadtumbau-West“ in den vergangenen Jahren bereits mit Zuschüssen von über 2,5 Millionen € unterstützt werden. Bei einem anschließenden Stadtpaziergang bestand die Möglichkeit, die im Bau befindliche Fördermaßnahme „Neugestaltung der Mainuferpromenade“ zu besichtigen. Diese wird bis zur Eröffnung der „Kleinen Gartenschau Natur in Kitzingen 2011“ fertiggestellt sein und zukünftig das einladende Entree zur Altstadt darstellen.

Kontakt  
Tel.: 0931/380-1440  
E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

Manfred Grüner



Planung Mainuferpromenade: arc.grün landschaftsarchitekten, Kitzingen

# Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen

## Neugestaltung des Kübelmarktes und des Kirchplatzes in Karlstadt

Die Stadt Karlstadt führt seit 1974 im Rahmen ihrer Altstadtsanierung kontinuierlich öffentliche und private Sanierungsmaßnahmen mit großem Erfolg durch. Die Altstadt lädt heute zum Bummeln, Verweilen und Einkaufen, aber auch zum Wohnen und Arbeiten ein – wichtige Voraussetzungen für ein attraktives, zukunftsfähiges Zentrum! Exemplarisch hervorzuheben sind die Neugestaltung des Marktplatzes mit der Sanierung des Alten Rathauses, die Neugestaltung der Hauptstraße sowie die Vielzahl der gelungenen Privatmodernisierungen.

Als weiterer Schritt wurden nun der stadträumlich wichtige Bereich „Kübelmarkt – Kirchplatz“ und die anschließenden Gassen umgestaltet. Ziel der Planung des Architekturbüros Freie Planungsgruppe 7 war, die drei markanten Stadträume Marktplatz, Kübelmarkt und Kirchplatz spannungsvoll zu verknüpfen und als Platzfolge erlebbar zu machen. Dabei mussten die verkehrlichen und funktionalen Belange unter Beteiligung der Bürger und Gewerbetreibenden mitgelöst werden. Der Kübelmarkt stellt eine wichtige Raumverbindung zum Kirchplatz dar und wurde deshalb bewusst verkehrsfrei gestaltet. Die kleine Baumachse um den Glauberbrunnen wurde ergänzt und eine breite behindertengerechte Rampe zum Erdgeschoss des Historischen Rathauses angelegt. Der ehemalige Straßenverlauf am Kirchplatz wurde aufgegeben und eine geordnete Umfahrungsmöglichkeit des Platzes mit Parkierungsmöglichkeiten hergestellt. Die Kirche steht nun frei im Platzraum. Die Innenzone dient als Mehrzwecknutzungsbereich und wird von Balustraden mit Eingangsmarkierungen umgrenzt. Ein Bodenfenster an der Südseite des Chores zeigt den freigelegten historischen Bodenfries des Kirchensockels. Eine differenzierte Beleuchtung wurde installiert. Das Kirchgebäude kann nun durch Bodenstrahler in seiner architektonischen Wirkung plastisch hervorgehoben und die Bäume können durch besondere Illuminationslichter festlich in Szene gesetzt werden. Während der Bauzeit machten historische Bodenfunde zudem weitreichende archäologische Grabungen erforderlich. Neben dem polygonalen Grundrissverlauf der ehemaligen Friedhofsmauer wurden überraschend über 400 Skelette gefunden, die z. T. extrem oberflächennah unter der Asphaltdecke lagen.

Für die Maßnahme hat die Regierung von Unterfranken bei einem Fördersatz von 60% rund 1.277.000 € an Zuwendungen bewilligt. Insgesamt wurde die Stadt Karlstadt bei ihren Sanierungsbemühungen bisher aus den Städtebauförderungsprogrammen mit Zuschüssen in Höhe von über 14 Millionen € unterstützt.



Foto: Freie Planungsgruppe 7, Büro für Stadtplanung und Architektur, Stuttgart

Kirchplatz mit Illumination



Foto: Stadt Karlstadt

Kirchplatz – Bodenfenster, Balustrade mit Eingangsmarkierungen

Am 12. Juni 2010 wurde die Fertigstellung der Maßnahme im Rahmen eines Festaktes im Beisein des Innenstaatssekretärs Gerhard Eck und des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer gefeiert. Die Besonderheit dabei war, dass die Gestaltung der Feierstunde in der katholischen Stadtpfarrkirche sowie die Segnung der Plätze von Stadtpfarrer Dr. Mariusz Falk, dem evangelischen Pfarrer Paul Häberlein und dem Imam Yakup Yayla der Karlstadter Ditib-Moschee gemeinsam erfolgte.

Bernhard Wägelein

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1408

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Konjunkturpaket zeigt Wirkung – Erste Projekte fertig gestellt

Mit der Auswahl von rund 200 Projekten aus unterfrankenweit 730 Bewerbungen fiel Anfang Mai 2009 der Startschuss zur Umsetzung der Energetischen Modernisierung von rund 90 Schulen, 60 Kindertagesstätten und Begegnungseinrichtungen sowie etwa 50 kommunalen Verwaltungsgebäuden in ganz Unterfranken.

Ende 2010 waren bereits fast 10% der Maßnahmen komplett fertig gestellt und von den rund 88 Millionen € Fördermitteln bereits 46% ausbezahlt. Die konkrete Umsetzung dürfte allerdings um mindestens 20%-Punkte höher sein, da die Rechnungsstellung der ausführenden Firmen und die Auszahlungsanträge der Gemeinden hinter dem tatsächlichen Baustand zurückliegen. Daraus lässt sich schließen, dass sich der größte Teil der Maßnahmen bereits in der Fertigstellungsphase befindet. Bei den zwischen-

zeitlich fertiggestellten Maßnahmen handelt es sich entgegen der Erwartung nicht nur um kleinere Projekte. Mit dem Ersatzneubau des Rathauses des Markts Bad Bocklet und der Sanierung der Fachoberschule/Berufsoberschule in Kitzingen befinden sich darunter auch Maßnahmen, die Gesamtkosten von zwei Millionen € bzw. über eine Million € aufweisen.

Gerade die bereits umgesetzten Maßnahmen erfüllen die Zielsetzung des Konjunkturpaketes in besonderem Maße. Durch den schnellen Beginn profitierten einerseits die Bauwirtschaft und andererseits die Maßnahmenträger von den guten Preisen in der Krise. So wurden einige Projekte wesentlich günstiger abgerechnet, als sie veranschlagt waren. Durch diese frühen Mittelrückflüsse im Laufe des Jahres 2010 konnten insgesamt 12 weitere Maßnahmen als Nachrücker in das Programm aufgenommen werden.

Die energetischen Modernisierungskonzepte sind erstaunlich vielfältig, stellt doch jedes Gebäude aufgrund seiner unterschiedlichen Entstehungszeit und Nutzung ein Unikat dar. Vor allem im Bereich der Wärmeversorgungsanlagen der Gebäude zeigt sich eine große Bandbreite, angefangen von den verschiedenen Arten der Wärmepumpen (Luft/Wasser, Wasser/Wasser oder Sohle/Wasser) über Biomassewärmeerzeugungsanlagen in Form von Pellet- oder Holzhackschnitzelheizungen bis hin zu konventionellen Gas- oder Ölbrennwertgeräten aller Größen.

Es ist durch die Oberste Baubehörde vorgesehen, im Zuge einer Ergebnisüberprüfung der Maßnahmen besonders herausragende bauliche Beispiele und betriebliche Vorgehensweisen zu dokumentieren und zu veröffentlichen.

Das Beispiel des Katholischen Kindergartens St. Elisabeth in Kürnach soll dies verdeutlichen. Planungsziel war es, das Gebäude durch verschiedene Wärmedämmmaßnahmen auf das Neubauniveau der Energieeinsparverordnung aus dem Jahr 2007 zu bringen und durch den Anschluss an eine Hackschnitzelheizung unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden. Gleichzeitig sollte auch der Strombedarf durch die Erneuerung der Beleuchtungsmittel dauerhaft reduziert werden. Der Endenergiebedarf wird dadurch um 66% und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 90% gesenkt. Ein besonderes Anliegen war dem Architekten aber auch, ein neues, dem Inhalt des Gebäudes besser entsprechendes Gestaltungskonzept zu entwickeln. Die Gruppenräume wurden als deutlich ablesbare klare Kuben gestaltet und erhielten gleichzeitig eine helle, freundliche Farbgebung. Dadurch ist es jetzt besser möglich, einzelne Häuser den jeweiligen Kindergartengruppen zuzuordnen, was die Identifikation fördert und den Gebäudekomplex besser gliedert und überschaubar macht.



Foto: Matthias Demel, Kürnach

Der Kath. Kindergarten vor der Sanierung



Foto: Stefan Meyer, Berlin

... und nach der Sanierung.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1446

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Stefan Meyer, Berlin

Neu gestalteter Gruppenraum

Baukosten	708.000 €
Förderung durch das Konjunkturpaket II	455.000 €
Baufertigstellung	Oktober 2010

# Theater schlägt Brücken

## 3. Bayerische Theatertage der Grund-, Haupt- und Förderschulen vom 5. bis 8. Juli 2010 in Würzburg

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus führte die Regierung von Unterfranken in der Zeit vom 5. - 8. Juli 2010 in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Arbeitskreis Schultheater e. V. (PAKS) unter dem Motto „Theater schlägt Brücken“ die 3. Bayerischen Theatertage der Grund-, Haupt- und Förderschulen in Würzburg durch.



Fotos: Herbert Meinunger

*Der kleine Amadeus – Volksschule Würzburg-Lengfeld (Grundschule)*

Die Theatertage, die unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer standen und an denen 12 Schultheatergruppen – etwa 200 junge Schauspieler – aus ganz Bayern teilgenommen haben, waren ein überwältigender Erfolg!

Sowohl die Eröffnung im Mainfrankentheater Würzburg als auch alle weiteren Veranstaltungen (Workshops, Aufführungen etc.) fanden eine sehr erfreuliche Resonanz und wurden in der Abschlussfeier in der Gustav-Walle-Schule Würzburg (Mittelschule) nochmals zusammenfassend dargestellt und gewürdigt. Dies ist in erster Linie dem engagierten und unermüdlichen Einsatz des Organisationsteams, bestehend aus 11 unterfränkischen Schuspiel-

MultiplikatorInnen und einem Vertreter des PAKS', zu verdanken. Zahlreiche Sponsoren unterstützten die Theatertage finanziell und materiell, so dass die schultheaterbegeisterten Gruppen diese Zeit als großartiges Erlebnis mit vielen Eindrücken und neuen Impulsen mit in ihre Schulen nehmen konnten. Verschiedene kleine und große Würzburger Bühnen, die entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Spielstücke ausgewählt wurden, standen zur Verfügung. Die Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer erfolgte in der Jugendherberge Würzburg. Jedes Stück wurde zweimal gespielt. Vielfach fanden Parallel-Aufführungen statt, so dass jede Gruppe die Möglichkeit hatte, alle anderen teilnehmenden Spielgruppen zu sehen.

Um eine Nachhaltigkeit der 3. Bayerischen Theatertage 2010 für Grund-, Haupt- und Förderschulen zu erreichen, ist geplant, vor allem junge Lehrkräfte, die erst kurz im Schuldienst sind, für das Schultheater zu gewinnen. Es soll versucht werden, das Theater in den Unterricht zu implementieren. Des weiteren ist angedacht, im Jahr 2011 einen regionalen Theatertag durchzuführen, bei dem auch eine Plattform für neue Spielleiter geschaffen werden soll. Dieser regionale Theatertag soll regelmäßig stattfinden in den Jahren, in denen die zentralen Theatertage nicht angeboten werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Regierung von Unterfranken unter [www.regierung.unterfranken.bayern.de](http://www.regierung.unterfranken.bayern.de) unter der Rubrik „Schulen/ Volksschulen/ Schauspiel – Schultheater“.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

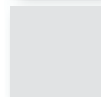
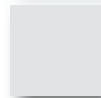
E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



*Raub im Grand Hotel – Sonderpädagogisches Förderzentrum Lindenberg/ Schwaben*



Würzi – 1. Preis



Schulen

Doris Grimm

# Unterfranken gut aufgestellt

90% der unterfränkischen Hauptschulen starteten bereits als Mittelschulen

Fast zwei Drittel der Hauptschulen in Bayern haben sich zum Schuljahr 2010/11 allein oder im Schulverbund zu Mittelschulen weiterentwickelt.

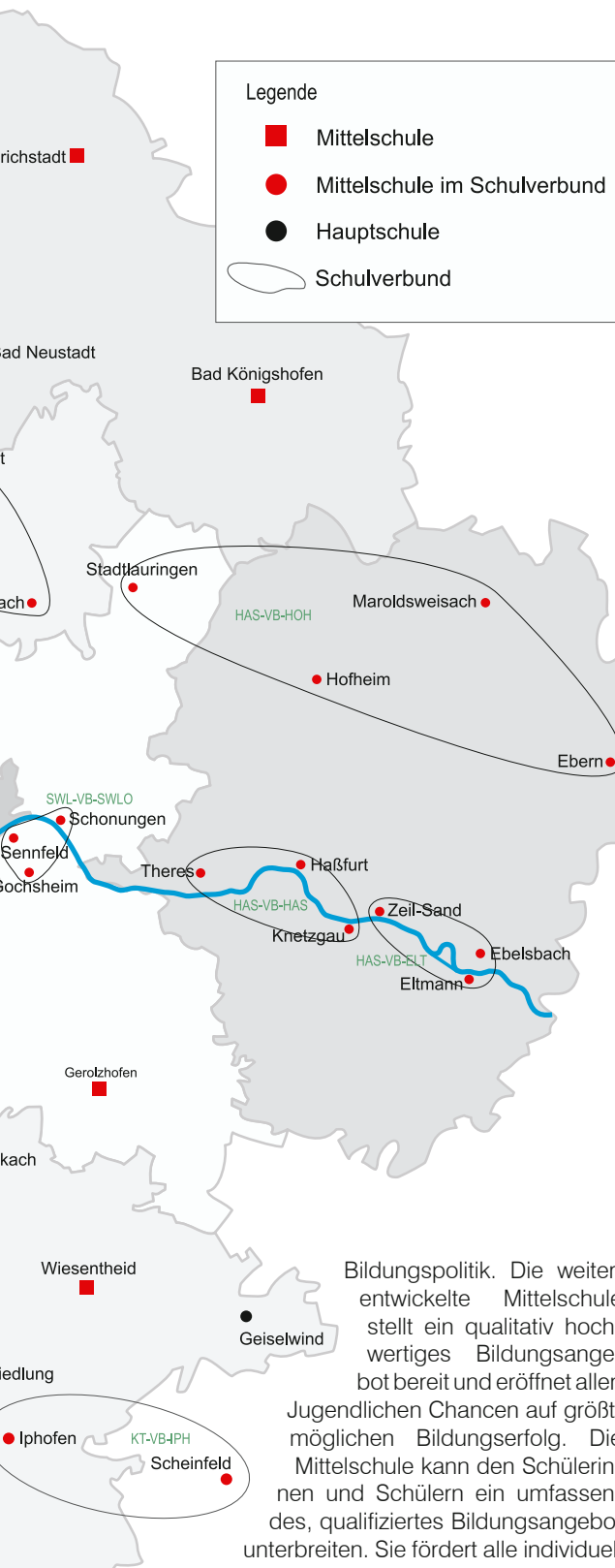
Der Regierungsbezirk Unterfranken erreichte hierbei einen Spitzenwert von über 90 Prozent. Sieben Mittelschulen konnten in diesem Schuljahr von sich aus den Status der Mittelschule erreichen. Weitere 97 Hauptschulen haben sich in 32 Schulverbänden zu Mittelschulen zusammengeschlossen. Der Schulverbund dient unter anderem auch dem Erhalt möglichst vieler kleiner Schulstandorte, die

durch demografische Entwicklung und Übertrittsverhalten gefährdet sind. Im Rahmen der Stundenzuweisung an die Schulverbände können damit auch Klassen gebildet werden, wenn sie weniger als 15 Schülerinnen und Schüler haben, und so Standorte erhalten bleiben. Gemeinsam als Verbund besitzen die Schulen die notwendige Größe und Stärke, um allen Schülern ein vielfältiges Angebot zu unterbreiten, das bisher nur große Hauptschulen anbieten konnten.

Um den wandelnden Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft gerecht zu werden, bleibt die Weiterentwicklung der Hauptschule ein Schwerpunktthema der bayerischen







**Legende**

- Mittelschule
- Mittelschule im Schulverbund
- Hauptschule
- Schulverbund

Durch die intensiven Kontakte der Mittelschulen mit Berufsschulen und der regionalen Wirtschaft werden häufig Ausbildungschancen eröffnet. **SCHULEWIRTSCHAFT**-Experten helfen beim Auf- und Ausbau von lokalen Netzwerken.

Ein Ganztagsangebot steht an der Mittelschule immer zur Verfügung. Vor allem berufstätige Eltern erhalten dadurch eine notwendige Unterstützung.

Die Klassenlehrkraft ist eine besonders wichtige Vertrauensperson für die Schülerinnen und Schüler: Sie fördert über die Vermittlung von Fachwissen hinaus auch die Entwicklung persönlicher und sozialer Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen. Dieses Alleinstellungsmerkmal unterscheidet die Mittelschule wesentlich von den anderen Schularten.

In den unterfränkischen Städten und Gemeinden erfährt die Mittelschule eine hohe Akzeptanz. Die zur Zeit laufenden Verhandlungen zwischen Kommunen, Schulleitungen, Schulämtern und Regierung versprechen, dass auch die noch verbleibenden zehn Hauptschulen zum Schuljahr 2011/12 als Mittelschulen starten.

Nur mit einem vielfältigen differenzierten, durchlässigen Schulwesen können wir den Herausforderungen in unserer globalisierten Wissensgesellschaft begegnen. Jeder Schüler erhält eine individuelle Bildungschance.

Unser bayerisches Schulwesen ruht daher auch auf zwei Grundpfeilern: Qualität und Gerechtigkeit. Nur ein qualitativ leistungsstarkes Bildungswesen ermöglicht Bildungserfolg für jeden einzelnen – und damit auch Erfolg im späteren Berufsleben. Gerecht ist, wenn jeder Mensch den Anspruch verwirklichen darf, sein ganzes Potential an Talenten auszuschöpfen. Und zwar unabhängig von der sozialen oder kulturellen Herkunft.

Mit der Schaffung der ersten Mittelschulen profilieren wir die Hauptschule noch stärker im Sinne ihres Bildungsanspruchs und bieten damit noch individuellere Bildungswege an. Damit wird Vieles verwirklicht – Qualität und Gerechtigkeit.



Foto: Dr. Bettina Scherbaum

*Festakt in der Staatskanzlei – Übergabe der Urkunden zur Namensverleihung der Mittelschulen des Schulverbundes Bischofsheim, Hohenroth und Bad Neustadt durch Ministerpräsident Horst Seehofer und Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (links).*



Foto: Behl

*Feierstunde im Landratsamt Miltenberg – Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer überreicht im Beisein von Landrat Roland Schwing den Bürgermeistern und Schulleitern die Urkunden zur Namensverleihung.*

**Bildungspolitik.** Die weiterentwickelte Mittelschule stellt ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot bereit und eröffnet allen Jugendlichen Chancen auf größtmöglichen Bildungserfolg. Die Mittelschule kann den Schülerinnen und Schülern ein umfassendes, qualifiziertes Bildungsangebot unterbreiten. Sie fördert alle individuell und differenziert, legt Wert darauf, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss erreichen und bietet leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern das Angebot eines mittleren Schulabschlusses.

Gemeinsames Merkmal aller Abschlüsse der Mittelschule ist die ausgeprägte Berufsorientierung. Alle Schülerinnen und Schüler machen sich unabhängig vom angestrebten Abschluss mit den Berufsfeldern Technik, Wirtschaft und Soziales praktisch vertraut und können so eine treffsichere Berufswahl vornehmen.

**Kontakt**  
 Tel.: 0931/380-1307  
 E-Mail: [schulen@reg-uftr.bayern.de](mailto:schulen@reg-uftr.bayern.de)

Günter Dusel



# Kinder-Lehrer-Eltern bauen Brücken

Bayerischer Kultus-Staatssekretär Dr. Marcel Huber  
ehrte Lehrerinnen und Lehrer

Am Samstag, den 10.07.2010, wurden 70 Volks- und Sonderschullehrerinnen und -lehrer aus allen Landesteilen Bayerns in der Würzburger Residenz von Staatssekretär Dr. Marcel Huber für ihren vorbildhaften Einsatz in Kooperations- und Außenklassen ausgezeichnet.

Überreicht wurde nicht nur eine Urkunde des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, sondern auch ein Präsent der besonderen Art, nämlich Anstecknadeln, die eigens für die Veranstaltung von Jugendlichen in Zusammenarbeit mit einem Künstler gestaltet wurden.

Anlass war und ist das Anliegen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Kooperation aller Schularten zu fördern. So lobte Staatssekretär Dr. Marcel Huber das außerordentliche Engagement der Lehrkräfte und dass sie „die Idee der Integration durch Kooperation in den schulischen Alltag hineingetragen und mit Leben erfüllt“ haben.

Diesem Bestreben der bayerischen Schulpolitik wird seit Jahren durch vielfältige schulische Projekte entsprochen. Insbesondere zwischen



*Freuen sich sichtlich über ihre Auszeichnung, die unterfränkischen Tandems der Volks- und Förderschulen (v. l. n. r.): Marianne Wimmer, Petra Wörler-Volpert, Ingrid Eichhorn-Wecklein, Sabine Oppel, Susanne Gabel, Brigitte Forster-Grygier, Helmut Bausenwein, Aenne Haering-Mayer, Cornelia Gareis, Cornelia Goller im Beisein von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (3. v. l.) und Staatssekretär Dr. Marcel Huber (4. v. r.) sowie Ministerialrat Erich Weigl (2. v. r).*

Volks- und Förderschulen haben sich zahlreiche sehr positive Kooperationen entwickelt, die sich u. a. in der Errichtung von Kooperations- und Außenklassen widerspiegeln. Durch einen gemeinsamen „Brückenbau“ sollen Möglichkeiten der Begegnung geschaffen sowie das Verständnis füreinander weiter entwickelt und vertieft werden. „Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat in Bayern einen hohen Stellenwert“, so Dr. Huber.

Kooperationsklassen und Außenklassen sind ein wichtiger Brückenpfeiler sonderpädagogischer Förderung und Raum der Begegnung zwischen Menschen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Staatssekretär Dr. Marcel Huber betonte: „Ich wünsche mir von Herzen, dass das Vorbild der zu ehrenden möglichst viele Nachahmer findet und dass durch ihr Wirken die Integration immer mehr zur Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft wird.“

Sibylle Hafner-Lurz



*Was für eine Begrüßung! Ein „Brückenheiliger“, Diamant Avdylaj, Schüler der Volksschule Margetshöchheim, heißt Ministerialrat Erich Weigl und Staatssekretär Dr. Marcel Huber herzlich willkommen.*

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1014

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



# „Übergänge gestalten!“

Im Juli 2010 konnte der 2. Geburtstag der Internet-Plattform „Virtuelle Grundschule“ gefeiert werden. Hierbei handelt es sich um eine computergesteuerte Möglichkeit zur Informationsgewinnung, zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung aller an Schule Beteiligten weit über Unterfranken hinaus. Aus diesem Anlass lud Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zum Pressegespräch ein. Ausgangspunkt für diese Plattform war das Projekt der Regierung von Unterfranken „Übergänge gestalten“, das die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen, beginnend bei Kindertagesstätte und Grundschule, über die weiterführenden Schulen bis hin zur Ausbildung in Studium und Beruf intensivieren will. Ziel für den Regierungsbezirk Unterfranken ist die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen für eine optimale Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. Um die Anschlussfähigkeit der einzelnen Einrichtungen zu garantieren, ist besonders die Verknüpfung der jeweiligen Schnittstellen erfolversprechend.

Zahlreiche konkrete Handlungsfelder bieten immer wieder Gelegenheiten zur Gestaltung des Übergangs. Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund bereits vor der Einschulung ist ein zentrales Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Im Rahmen der Fortbildungskampagne „Vorkurs 240“ wurden auch für die Region Unterfranken Tandems gebildet, die in den einzelnen Schulamtsbezirken Fortbildungen für das pädagogische Personal der Kindertagesstätten und für Grundschullehrkräfte zur Optimierung der Vorkurse anbieten werden. Die 2. Unterfränkische Leseweche 2010, bei der alle Bildungseinrichtungen eingeladen waren, gemeinsame Wege zur Leseförderung und zur Steigerung der Lesefreude zu gehen, stand ebenso unter dem Motto „Übergänge gestalten“ und brachte lesend viele Kinder, Jugendliche, pädagogisches Personal und Lehrkräfte der verschiedenen Einrichtungen zusammen. Bei der Ausarbeitung des Probeunterrichts für den Übertritt ans Gymnasium

kooperierten unterfränkische Lehrkräfte aus der Grund- und Hauptschule mit denen aus dem Gymnasium.

Auf der Basis der bewährten Kleeblätter für Englisch wurden Kleeblätter für Deutsch und Mathematik ins Leben berufen, denen jeweils Lehrkräfte aus Grund-, Haupt-, Realschule und Gymnasium angehören. Gemeinsam nehmen sie bei Hospitationen

und im Erfahrungsaustausch den Übergang an die weiterführenden Schulen in den Blick. Die Schnittstellenproblematik zeigt sich ebenfalls beim Wechsel der Schülerinnen und Schüler von der Haupt- bzw. Mittelschule in die Arbeitswelt; ein Schritt, der vielfältige Veränderungen im Leben unserer Jugendlichen mit sich bringt. Frühzeitige Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Verantwortlichen der Haupt-/Mittelschulen und beruflichen Schulen ist dringend notwendig. Auch der Übergang an die Universität Würzburg wird in seiner Struktur zum Wohle der jungen Studierenden in den Blick genommen werden.

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird das Thema „Inklusion“ und somit die inklusive Beschulung in enger Kooperation zwischen Förder- und Regelschule gemeinsam angegangen.

Zum Schuljahresende 2009/10 mussten wir uns von zwei wichtigen Partnern trennen, denen es stets sehr wichtig war, mit den Verantwortlichen der Regierung von Unterfranken Übergänge zu gestalten. Der Ministerialbeauftragte für die Gymnasien in Unterfranken, Rudolf Schmitt, verabschiedete sich in den wohl verdienten Ruhestand. Der Ministerialbeauftragte für die Realschulen in Unterfranken, Johann Seitz, wechselte in den Regierungsbezirk Mittelfranken. Als neue Partner begrüßen wir die Ministerialbeauftragten Horst Karch (für die Realschulen in Unterfranken) und Gert Weiß (für die Gymnasien in Unterfranken).

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



Den 2. Geburtstag der „Virtuellen Grundschule“ würdigten bei einem Stück Geburtstagskuchen der ehemalige unterfränkische Ministerialbeauftragte für Gymnasien Rudolf Schmitt, Schulamtsdirektorin Irma Amrehn, der Präsident der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Prof. Dr. Alfred Forchel, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Abteilungsleiter Gustav Erich, Bereichsleiter „Schulen“ der Regierung von Unterfranken.



Doris Grimm

# Mit Mauern zu mehr Vielfalt

Grundsteinlegung für ungewöhnliche Wege im Naturschutz bei der Jubiläums-BayernTour Natur 2010

Zum 10ten Mal fand 2010 die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit initiierte BayernTour Natur – natürlich auch in Unterfranken – statt. Zu diesem Jubiläum ließ sich das Sachgebiet 51 „Naturschutz“ für die Eröffnungsveranstaltung etwas ganz besonderes einfallen. Der bayerische Umweltminister Dr. Markus Söder legte anlässlich des Jubiläums den Grundstein für eine ungewöhnliche Naturschutzmaßnahme: Die Errichtung von Mauern im Naturschutzgebiet; finanziert aus dem sogenannten Konjunkturpaket II. Was auf den ersten Blick wahrscheinlich vollkommen absurd erscheint, ist auf den zweiten Blick eine große Chance für die Biodiversität im Naturschutzgebiet „Grainberg-Kalbenstein und Saupurzel“. Hier, wo Trockenheit und hohe Durchschnittstemperaturen einen Lebensraum bieten, in dem nur Spezialisten der Tier- und Pflanzenwelt überleben können, existiert auch einer der ältesten Weinberge Unterfrankens. Auf über 700 Jahre Weinbautradition kann man hier zurückblicken. Die alten Weinbergsmauern sind ein prägender Bestandteil der Landschaft geworden. Aber die Mauern ermöglichen in dem steilen Gelände nicht nur den Weinbau, sie sind auch Heimat



Weinbergsmauersanierung im Naturschutzgebiet „Grainberg-Kalbenstein und Saupurzel“.

beschwerlich ist oder die eingestürzten Mauern keine Bewirtschaftung mehr ermöglichen. Die Folge ist, dass sich Gehölze ausbreiten und zum Einen die Mauern mit ihren Wurzeln zerstören und zum Anderen durch die Beschattung das warme Kleinklima der Mauern so weit verändern, dass die bedrohten Arten hier nicht mehr leben können. Daher lag es auf der Hand, dass die alleinige Sanierung der Mauern ohne eine anschließende Nutzung der Weinbauflächen keinen Sinn machen würde. Es wurden also Mauerabschnitte ausgewählt, die ökologisch wertvoll sind und wo eine anschließende Bewirtschaftung sichergestellt ist. Nach aufwendiger Markterkundung wurde nicht nur ein Architekt gefunden, der Erfahrung mit dieser schwierigen Materie hat, sondern auch ein Bauunternehmen, das sich dieser Herausforderung stellen will. Denn die Mauern müssen nach historischen Vorbildern trocken (ohne Beton) aufgesetzt werden und stabil genug sein, um den Hang dauerhaft stützen zu können. Hinzu kommt das schwierige Gelände, das den Einsatz von Maschinen nahezu unmöglich macht und darüber hinaus Fangzäune erfordert, damit lose Steine nicht auf die unterhalb vorbeiführende Bundesstraße rollen. Dort, wo die Mauern nicht neu errichtet werden müssen, werden die Fugen mit Spezialmaschinen ausgespült, um den Schlamm, der sich dort in Jahrhunderten abgelagert hat und wie ein Schmiermittel die Mauersteine rutschen lässt, zu entfernen. Mehr als einen halben Meter dick sind die Mauern, die neu aufgesetzt werden müssen. Die ersten Abschnitte sind bereits fertig gestellt. Insgesamt stehen 300.000 € für die Sanierung zur Verfügung. Bereits im Jahr 2011 soll die Maßnahme abgeschlossen sein, sodass Fetthennen-Bläuling und Co. bald wieder ein neues Zuhause haben werden.

Marcus Wessels



Umweltminister Dr. Markus Söder (Mitte) setzte zusammen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Verwaltung und Verbänden die ersten Steine der zu sanierenden Weinbergsmauern auf.

von Tier- und Pflanzenarten, die das spezielle Klima an und in den Mauern und die zahlreichen Hohlräume zum Überleben brauchen. Zu diesen Arten zählt z. B. der Fetthennen-Bläuling, ein Schmetterling, der hier einen seiner wenigen Verbreitungsräume in Deutschland hat, oder auch die Zauneidechse und die Schlingnatter. Doch der Zahn der Zeit nagt an den Mauern und so sind viele bereits eingestürzt oder sehr baufällig. Hinzu kommt, dass viele Flächen nicht mehr bewirtschaftet werden. Sei es, weil es zu



Zauneidechse

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1165

E-Mail: [umwelt@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt@reg-ufr.bayern.de)

# „Diese Landschaft liegt uns besonders am Herzen“

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit des Bayerischen Landtags tagte erneut im Biosphärenreservat Rhön

Zum zweiten Mal nach 2007 wählte der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit des Bayerischen Landtags am 21./22. Oktober 2010 auf Einladung des Vereins Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön das Biosphärenreservat Rhön als auswärtigen Sitzungsort. Nachdem der Ausschuss gegenüber 2007 fast komplett neu besetzt war, nahmen die Mitglieder das Angebot einer geführten Rundfahrt vom Ankunftsort Bad Neustadt a. d. Saale über Fladungen, die Hochrhönstraße, den Kreuzberg bis nach Elfershausen ins Saaletal gerne an. Auch wenn das dicht gedrängte Programm keine Wanderung zuließ, konnten die Ausschussmitglieder so einen nachhaltigen Eindruck vom „Land der offenen Fernen“ mitnehmen.

Im Managementzentrum in Oberelsbach gab Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke



Foto: Carsten Kallenbach

(v.l.n.r.) Wolfgang Back (Bürgermeister des Marktes Bad Bocklet), Landrat Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld), die Ausschussmitglieder Sabine Dittmar, Dr. Christian Magerl und Dr. Otto Hünnerkopf, Stimmkreis-abgeordneter Robert Kiesel sowie Landrat Thomas Bold (Landkreis Bad Kissingen) im Kurpark von Bad Bocklet, wo die zweitägige Tagung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit im Bayerischen Landtag in der Rhön ihren Abschluss fand.

einen komprimierten Überblick über die Entwicklung des Biosphärenreservats in den zurückliegenden 19 Jahren seit seiner Anerkennung durch die UNESCO. Er wies dabei auch auf die großen laufenden und anstehenden Aufgaben hin, denen sich die bayerische Rhön stellen muss. 2013 steht die nächste periodische Überprüfung des länderübergreifenden Biosphärenreservats

## Biosphärenreservat Rhön

durch die UNESCO an. Die größte Herausforderung bildet hierbei die Lösung des Kernzonenproblems vor dem Hintergrund der Erweiterungsabsichten im bayerischen Teil des Biosphärenreservats. Vom Fortschritt der mit KP II-Mitteln geförderten Baumaßnahme „Grünes Klassenzimmer“ konnten sich die Abgeordneten in Oberelsbach einen ersten Eindruck verschaffen.

Das Biosphärenreservat Rhön, meinte der Ausschussvorsitzende Dr. Christian Magerl anlässlich der Pressekonferenz in Bad Bocklet zum Abschluss der zweitägigen Bereisung, sei ein Schutzgebiet, das weit über die Grenzen Bayerns und Deutschlands hinaus Bedeutung habe. „Und dieses gilt es zu pflegen und zu hegen.“ Die Problematik rund um das bestehende Kernzonendefizit erörterte der Ausschuss während seiner Tagung in der Rhön auch mit den Vorsitzenden der Umweltausschüsse der Landtage Hessen und Thüringen. „Ich wünsche mir bei den einzelnen Beteiligten noch mehr Mut und Aufbruch in dieser Frage“, sagte Magerl. „Wir werden die Entwicklung als Ausschuss sehr genau verfolgen und – wenn nötig – auch Druck aufbauen“, hob der Ausschussvorsitzende hervor.

Der Besuch des Ausschusses in der Rhön wurde abgerundet durch Informationen zu regionalen Gesundheitsthemen, bei denen das „Bäderland Bayerische Rhön“ und die Aktivitäten der gemeinsam mit Stadt und Landkreis Würzburg gebildeten Gesundheitsregion im Vordergrund standen.

Michael Geier

Kontakt

Tel.: 0931/380-1666

E-Mail: [brrhoen@reg-uftr.bayern.de](mailto:brrhoen@reg-uftr.bayern.de)



In den Kernzonen eines Biosphärenreservats sollen natürliche Prozesse ohne Einfluss des Menschen geschützt werden. Ziel ist es, Lebens- und Rückzugsgebiete für bedrohte Lebensgemeinschaften zu schaffen, die genetische Vielfalt zu erhalten und natürliche dynamische Prozesse und ökologische Zusammenhänge zu erforschen. Kernzonen sind Referenzflächen für den Vergleich mit genutzten Landschaftsteilen.

Die ungenutzten Kernzonen sind unersetzbare Freilandlabore, Rückzugsgebiete für viele Arten und ein bislang nur ansatzweise erforschtes genetisches Reservoir. Die Gesetzmäßigkeiten der natürlichen Entwicklung derartiger Flächen herauszufinden und diese für die naturnahe Waldbewirtschaftung nutzbar zu machen sowie neue Erkenntnisse über den natürlichen Artenbestand ungestörter Ökosysteme zu erhalten, ist ein wesentliches Ziel der Erforschung dieser Kernzonen.

Kernzonen sollen mindestens 3% der Fläche eines Biosphärenreservats einnehmen.

# Nachhaltigkeit bleibt zentrales Thema

## 10 Jahre Agenda 21- Arbeitsgruppe bei der Regierung von Unterfranken

1992, während des „Erdgipfels“ der UNO, verabschiedeten 180 Staaten die „Agenda 21“. Kernpunkt des Aktionsprogramms ist „eine nachhaltige, auf Dauer angelegte Entwicklung, die den Bestand an natürlichen Ressourcen soweit erhält, dass die Lebensqualität zukünftiger Generationen gewährleistet ist. Im Jahr 2000 wurde die Idee geboren, das Thema Nachhaltigkeit auf Regierungsbezirksebene verstärkt im Bewusstsein von Behörden und gesellschaftlichen Gruppen zu verankern. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ gegründet, die sich zum Ziel setzte, verschiedene Initiativen auf der Ebene des Regierungsbezirkes zu bündeln, Projekte anzustoßen und Umsetzungsmaßnahmen zu unterstützen. Diese Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern der verschiedenen Abteilungen (jetzt Bereiche) zusammensetzt, verfolgt im Wesentlichen drei Aufgaben:

- das Einpflanzen des Themas Nachhaltigkeit in die eigene Arbeit
- das Hinwirken auf nachgeordnete Behörden, sich dieses Themas verstärkt anzunehmen
- das Werben bei Kommunen, Verbänden und Organisationen für diesen Gedanken.

Am 15. März 2001 kam es zu einem unterfrankenweiten Treffen der Agenda 21-Beauftragten der Landkreise und der kreisfreien Städte in Bad Kissingen. Von diesem Zeitpunkt an bildet die Arbeitsgruppe der Regierung von Unterfranken gemeinsam mit den genannten Agenda 21-Beauftragten eine Plattform für ein in den folgenden Jahren immer größer werdendes Netzwerk. Im Laufe der Zeit kam es zu zahlreichen überregionalen Veranstaltungen im Regierungsbezirk.

- Im November 2001 wurde in der Stadthalle Lohr a. Main der Startschuss für die Regionalisierung des „Umweltpaktes“ in Unterfranken gegeben.
- Im Oktober 2002 fand der erste unterfränkische Agenda 21-Tag im Kilianeum Würzburg statt.
- Im Jahr 2005 wurden in der Gemeinde Rottendorf besonders gelungene kommunale Agenda 21-Prozesse im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz vorgestellt.
- Im März 2006 organisierte die Arbeitsgruppe zusammen mit der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt und Agenda 21-Akteuren eine mehrtägige Veranstaltung zum Thema „Klimaschutz durch Energiemanagement“, die auf große Resonanz stieß.
- Im September 2007 fand in der Würzburger Residenz der „Eine-Welt-Tag Unterfranken“ statt, bei dem über 400 Akteure dieser Nachhaltigkeits-Bewegung ihr Engagement einer breiten Öffentlichkeit zeigten.
- Im April 2008 wurde das Projekt „21 Kommunen – gute Beispiele aus der Praxis“ unter dem Aspekt „Perspektiven einer zukunftsfähigen Kommunalpolitik“ im Matthias-Ehrenfried-Haus vorgestellt.
- Im Juli 2008 wurde gemeinsam mit dem Umweltforum Unterfranken ein „Tag der Umweltbildung“ durchgeführt, an dem der damalige Staatsminister Eberhard Sinner etwa 300 Teilnehmer und Akteure begrüßen konnte.
- Mitte 2009 wurde in der Weißen Mühle in Estenfeld der unterfränkische Umwelt- und Gesundheitstag abgehalten. Die weit gefächerten Themen lockten im Beisein von Staatssekretärin Melanie Huml über 300 Besucher an.

Die Arbeitsgruppe der Regierung von Unterfranken trifft sich regelmäßig mindestens zweimal jährlich zu einer Dienstbesprechung. Bei diesen Treffen tauschen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe mit den Agenda 21-Verantwortlichen der Landkreise und kreisfreien Städte und sonstiger Organisationen über die jeweiligen Jahresprogramme aus, um gemeinsam neue Impulse für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Entwicklung zu gewinnen. Auch wenn es oft nur kleine Dinge sind, über die in der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit diskutiert wird, sind sich die Mitglieder sicher, dass im Bereich der Nachhaltigkeit schon viel erreicht und eine Fülle von Erfahrungen und Kenntnissen für die tägliche Arbeit eingebracht wurden.

Dietmar Scheid



Die regionale Arbeitsgruppe Agenda 21 nutzte ihren halbjährlichen Gedankenaustausch am 28.07.2010 im Regierungsfoyer auch zum Besuch der Ausstellung „Geothermie – Wärme aus der Tiefe“.

### Kontakt

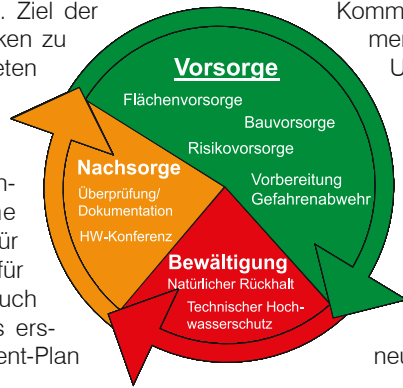
Tel.: 0931/380-1612

E-Mail: [umwelt@reg-uf.r.bayern.de](mailto:umwelt@reg-uf.r.bayern.de)

# Hochwasser

## – Risiken kennen, gemeinsam handeln

Die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten – diese Schutzgüter fokussiert die Europäische Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, die 2007 in Kraft trat und zum 1. März 2010 im Wasserhaushaltsgesetz und im Bayerischen Wassergesetz umgesetzt wurde. Ziel der Richtlinie ist es, Hochwasserrisiken zu bewerten und mit einem geeigneten Management die negativen Folgen für die Schutzgüter zu verringern. Während die Richtlinie grundsätzlich fordert, dass Hochwasserrisikomanagement-Pläne bis 2015 aufgestellt sind, wurde für das Maingebiet eine Regelung für Übergangsmaßnahmen in Anspruch genommen. Danach können als erster Hochwasserrisikomanagement-Plan auch geeignete Unterlagen verwendet werden, wenn sie bis Ende 2010 veröffentlicht wurden und die Anforderungen der Richtlinie erfüllen. Der Vorteil: die bis zur nächsten Aktualisierung des Plans in 2021 gewonnene Zeit kann genutzt werden, um wirksame Maßnahmen zur Verringerung des Hochwasserrisikos umzusetzen.



*Die EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie sieht den Schwerpunkt bei der Vorsorge: Auf das Hochwasser vorbereitet zu sein ist das Gebot der Stunde, z.B. durch Information, aktuelle Einsatz- und Alarmpläne, Vorsorgemaßnahmen an Gebäuden oder die Vorbereitung der Einsatzkräfte.*

der Unterlagen und die fachliche Beratung. Mit ihren Vor-Ort-Kenntnissen waren die sechs Wasserwirtschaftsämter in den drei Regierungsbezirken intensiv eingebunden: durch die Bereitstellung hydraulischer Rechenmodelle und Ergebnisdaten und die Einbindung der 390 Kommunen bei der Auswahl von Maßnahmen. Das Bayerische Landesamt für Umwelt begleitete die Arbeiten fachlich und stimmte die Schritte mit der Umsetzung der Richtlinie in ganz Bayern ab.

So wurde für die Städte und Gemeinden, Verwaltungsstellen und alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit dem Hochwasserrisikomanagement-Plan Main ein neues Instrument geschaffen, das hilft, besser auf Hochwasser vorbereitet zu sein. Der Managementplan Main, der am 20. Dezember 2010 fristgerecht im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht wurde, ist im Internet abrufbar unter [www.hopla-main.de](http://www.hopla-main.de).

**Kontakt**  
 Tel.: 0931/380-1365  
 E-Mail: [wasser@reg-ufr.bayern.de](mailto:wasser@reg-ufr.bayern.de)

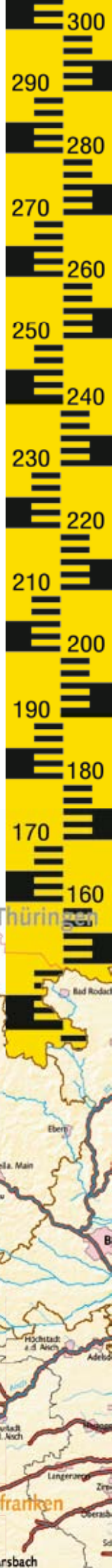
Axel Bauer

Nachdem die Regierung von Unterfranken bereits 2006 mit dem „HochwasserAktionsplan Main“ einen wesentlichen Grundstock für den Hochwasserrisikomanagement-Plan gelegt hat, erhielt die Regierung 2009 vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit den Auftrag, bis Ende 2010 den ersten Managementplan für das Maingebiet zu veröffentlichen. Das mit einer Million € ausgestattete Projekt umfasst dabei auch die Regierungsbezirke Ober- und Mittelfranken sowie die Oberpfalz. Die Regierung von Unterfranken übernahm die Projektleitung, die Koordination und die verwaltungstechnische Abwicklung. Der Managementplan Main ist damit Vorreiter für die anderen Gebiete in Bayern, für die bis 2015 die Arbeiten zu erledigen sind.

Mit vereinten Kräften erfolgte im Jahr 2010 die Bearbeitung der von der Richtlinie vorgegebenen Schritte: Die Festlegung der Gewässer mit signifikantem Hochwasser – insgesamt 1.800 Kilometer. Die Erstellung von Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten. Die Auswahl von Maßnahmen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Der Managementplan ist damit der erste seiner Art in Deutschland.

Mit dem beauftragten Ingenieurbüro BGS aus Darmstadt erhielt das Projekt eine wesentliche Unterstützung für die technische Bearbeitung

*1.800 Kilometer Gewässer mit signifikantem Hochwasserrisiko fokussiert der erste Hochwasserrisikomanagement-Plan Main.*





# AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – bunt, international und ausgezeichnet

## Faszinierende Bilder vom Wasser - Fotowettbewerb der Regierung von Unterfranken

Zu einem Fotowettbewerb unter dem Titel „Wasser in Unterfranken“ rief die Regierung von Unterfranken im September 2009 auf. Der Wettbewerb im Rahmen der „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“ sollte auf die Bedeutung und die Faszination des Wassers in der Region aufmerksam machen. Denn in Unterfranken ist Wasser besonders kostbar: Viele Bereiche sind arm an Niederschlägen, die Grundwasservorräte im felsigen Untergrund sind gering und nur von dünnen Bodenschichten geschützt. Da Trinkwasser, unser wichtigstes Lebensmittel, fast vollständig aus Grundwasser gewonnen wird, muss uns der Schutz des Grundwassers besonders am Herzen liegen.



Die am höchsten prämierten Bilder erzählen durchweg Geschichten von Menschen und Wasser. So erzielte Simone Bauer aus Hergolshausen den ersten Preis mit ihrem Foto „Wakeboarder in Oberthulba“.

Die besten eingesandten Fotos wurden schließlich im März 2010 in einer Ausstellung im Foyer der Regierung von Unterfranken präsentiert. Auf der Internetseite [www.aktiongrundwasserschutz.de](http://www.aktiongrundwasserschutz.de) können Sie sich diese auch weiterhin ansehen.

## Die Wasserschule® Unterfranken gibt Impulse für Ägypten

In der Wasserschule® Unterfranken lernen Kinder seit mittlerweile vier Jahren durch eigenes Experimentieren und Entdecken Wasser wahrzunehmen und seinen Wert zu schätzen. Die Regierung von Unterfranken bietet dafür kostenlose Unterrichtsmaterialien für die Grund- und Förderschulen an, außerdem wurden in Zusammenarbeit mit den Schullandheimen Hobbach und Bauersberg zwei stationäre Wasserschulen eingerichtet.

Bewusstseinsbildung zum Thema Wasser ist auch in anderen Ländern von großer Bedeutung – zumal in solchen, in denen Wasser ein noch knapperes Gut ist als bei uns. Im April 2010 konnte die Regierung von Unterfranken das Konzept der Wasserschule® Unterfranken auf der Umweltkonferenz in Kairo vorstellen. Die Hanns-Seidel-Stiftung startete dort eine Win-win-Initiative für Mittel- und Ostafrikanische Staaten (MENA-Staaten), die zum Ziel hat, erfolgversprechende Projekte zur Armutsbekämpfung zu vermitteln ([www.winwininitiative.net](http://www.winwininitiative.net)). Die Bewusstseinsbildung für den nachhaltigen Umgang mit naturgegebenen Ressourcen wird dabei als einer der wesentlichen Ansätze gesehen, daher fand die Wasserschule® große Beachtung. Im Juli besuchte dann eine Expertengruppe aus Ägypten Unterfranken. Der Besuch wurde von der Hanns-Seidel-Stiftung ermöglicht und von der Regierung von Unterfranken organisiert. Mit viel Interesse und Begeisterung besuchten die ägyptischen Gäste die beiden stationären Wasserschulen sowie das Biosphärenreservat Rhön. Inzwischen hat die Hanns-Seidel-Stiftung in Ägypten ein Programm zur Bewusstseinsbildung für das Wasser ähnlich der Wasserschule initiiert.

Interessiert lassen sich die ägyptischen Besucher in die Bestimmung der Gewässergüte anhand der Wasserlebewesen einweisen.



Dr. Anne-Kathrin Jackel

## AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ zum dritten Mal als offizielles UN-Dekade-Projekt ausgezeichnet

Zum dritten Mal in Folge erhielt jetzt die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ der Regierung von Unterfranken die Auszeichnung „Offizielles Projekt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“, vor allem aufgrund der Ausweitung der Wasserschule Unterfranken auf Kindertageseinrichtungen mit der „Schatzkiste Wasser“.



**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1379  
E-Mail: [wasser@reg-ufr.bayern.de](mailto:wasser@reg-ufr.bayern.de)



# Präzisionsarbeit beim Sprengen an der Haseltalbrücke

Seit 1961 rollte der Verkehr der BAB A 3 über die „alte“ 660 m lange und 70 m hohe Haseltalbrücke im Spessart. Im Zuge des sechsspurigen Ausbaus der A 3 war es erforderlich geworden, die zu schmale und dem gestiegenen Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsene Brücke durch einen Neubau zu ersetzen. Im Dezember 2009, nach etwa eineinhalb Jahren Bauzeit, war der erste Bauabschnitt, der Brückenneubau in Fahrtrichtung Würzburg, fertig gestellt. Nach der Umlegung des Verkehrs auf den Neubau konnte mit dem Abbruch der alten Brücke begonnen werden. Zunächst wurde die Stahlkonstruktion des Überbaus getrennt und in Feldern ins Tal abgelassen. Anschließend sollten die sechs Pfeilerpaare sprengtechnisch zum Einsturz gebracht werden. Die besondere Herausforderung dabei lag in dem eng begrenzten Baufeld und der nur wenige Meter entfernten neuen Brücke. Eine auch nur geringfügige Abweichung aus der geplanten Fallrichtung hätte beim Einsturz der bis zu 70 m hohen Pfeiler nicht nur einen immensen Schaden an der neuen Brücke verursacht, sondern sogar zur Sperrung der gesamten A 3 über einen längeren Zeitraum führen können. Ein kaum vorstellbares Szenario. Die Beteiligung an Sprengungen gehört mit zu den Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes. In enger Zusammenarbeit mit der Autobahndirektion Nordbayern, den eingeschalteten Gutachtern und Sachverständigen, vor allem aber den ausführenden Firmen, wurde ein Konzept erarbeitet, das die sichere Bewältigung dieser brennenden Aufgabe gewährleistete. Am 21.07.2010 stürzten die letzten Pfeiler der alten Haseltalbrücke fast zentimetergenau in ihre vorgesehenen Fallbetten. Der Weg für den Brückenneubau in Fahrtrichtung Frankfurt war damit geebnet.

Lothar Schür

*Sprengung des 5. Pfeilerpaares an  
der Haseltalbrücke*



*Fotos: Adam Hörnig Bau GmbH  
& Co. KG, Aschaffenburg*



## Kontakt

Tel.: 0931/380-1835

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)

# Temperatur und Blutdruck o.k.?

Messgeräte für die Gesundheit – auch günstige sind gut!

Nicht nur in Gesundheitseinrichtungen, sondern in nahezu jedem Haushalt sind Medizinprodukte anzutreffen. Einfache Bedienbarkeit und die sofortige Anzeige eines Messwertes machen z.B. elektronische Fieberthermometer, zunehmend aber auch Blutdruckmessgeräte, zum nützlichen Hilfsmittel bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Der Anwenderkreis für solche Messgeräte erstreckt sich deshalb auch vom Säugling bis zum betagten Menschen.

Gerade die Blutdruckmessgeräte erfahren zurzeit einen regelrechten Boom. Zivilisationskrankheiten, oft einhergehend mit erhöhtem Blutdruck, veranlassen die Betroffenen zum Erwerb eines Blutdruckmessgerätes. Diese sind inzwischen preisgünstig im Handel erhältlich. Anlass genug also, um zu prüfen, ob der Verbraucher sich darauf verlassen kann, sichere und zuverlässige Messgeräte zu erwerben. Immerhin geht es um seine Gesundheit und da erwartet der Anwender Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Entsprechend dem heutigen Verbraucherverhalten wurden die Geräte für die Prüfung eingekauft; in der Apotheke, über den Internethandel und im Discounter um die Ecke.

Um es vorweg zu nehmen. Äußerst positiv war, dass bei den messtechnischen Überprüfungen die zulässigen Messabweichungen durchwegs eingehalten wurden. Und dies unabhängig davon, ob es sich um ein hochpreisiges Messgerät oder um ein Produkt aus dem Niedrigpreis-Segment handelte. Lediglich zwei Thermometer und ein Blutdruckmessgerät fielen mit geringfügiger Überschreitung der zulässigen Messtoleranz auf. Ebenso ohne Beanstandungen blieben auch die Wasserdichtheitsprüfungen bei den Fieberthermometern.

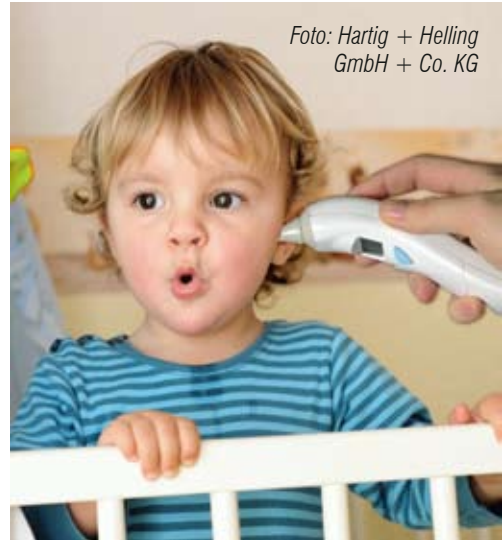


Foto: Hartig + Helling GmbH + Co. KG

Infrarot-Thermometer: Kinderleicht in der Anwendung

Verbesserungspotenzial hingegen gibt es noch bei den CE-Konformitätserklärungen und den Gebrauchsanweisungen. Gerade beim Blutdruckmessgerät ist es unverzichtbar, ausreichende Informationen zum korrekten Anlegen der Manschette und sicheren Gebrauch des Geräts zu erhalten, um fehlerhafte Messungen zu vermeiden. Die Hersteller wurden auf die Nachbesserungen hingewiesen.

Unser Fazit lautet deshalb: Fieberthermometer und Blutdruckmessgeräte aller Preisklassen sind sicher und liefern zuverlässige Anzeigewerte. Unser Tipp: Achten Sie beim Kauf eines Medizinproduktes auf eine übersichtliche und leicht verständliche Bedienungsanleitung.

Norbert Dotzei



Korrektes Anlegen eines Handgelenk-Blutdruckmessgerätes. Zur Durchführung der Messung wird der Arm so gehalten oder abgestützt, dass sich das Messgerät in Höhe des Herzens befindet.

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1840

E-Mail: dezernat3a@reg-ufr.bayern.de

# Verminderung typischer Gefährdungen und Belastungen in Kindertagesstätten

Fotos: Gewerbeaufsichtsamt der Regierung der Oberpfalz



*Schön gestalteter Gruppenraum mit Deckenelementen als Versuch zur Verbesserung der Raumakustik.*

Die Tätigkeit in Kindertageseinrichtungen ist für die Beschäftigten alles andere als ein „Kinderspiel“. Die heute geforderte qualifizierte Kinderbetreuung ist kein netter Zeitvertreib, der andauernde Umgang mit Kleinkindern kann mitunter durchaus anstrengend sein.

Viele Erzieherinnen sind daher gestresst und leiden vermehrt unter psychosomatischen Erkrankungen, wozu u. a. auch die Lärmbelastung beiträgt, die schon in einem Bereich unterhalb der gehörschädigenden Wirkung negative Stressreaktionen auslösen kann. Nicht zu unterschätzen ist auch die Infektionsgefahr in Bezug auf die diversen Kinderkrankheiten, deren Verlauf bei Erwachsenen meist schwerwiegender ist als bei Kindern. Bei schwangeren Mitarbeiterinnen können einige Kinderkrankheiten zudem die Schwangerschaft gefährden oder schlimmstenfalls Missbildungen hervorrufen. Weitere Belastungen kommen infolge ungünstiger ergonomischer Verhältnisse in den Einrichtungen hinzu.

Grund genug für das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken, im Rahmen einer Schwerpunktaktion verstärkt Kindertageseinrichtungen aufzusuchen, die Arbeitsschutzsituation zu prüfen und gleichermaßen zu beraten. Verbunden war diese Aktion mit einer anonymen Befragung der Mitarbeiter zu ihren erlebten (psychischen) Belastungen. Insgesamt wurden ca. 10% der Kindertageseinrichtungen im Regierungsbezirk Unterfranken aufgesucht. Gemeinsam mit den Trägern wurden Lösungswege zur weiteren Minimierung belastender Arbeitsfaktoren umgesetzt. Dazu gehörten u.a. die Verbesserung des Infektionsschutzes, die Beschaffung geeigneter Stühle und die Durchführung von „Rückenschulen“. Zur Reduzierung

der Lärmbelastung wurden neben organisatorischen und pädagogischen Maßnahmen auch bauliche Maßnahmen empfohlen wie z. B. der nachträgliche Einbau von schallabsorbierenden Flächen. Bei Neubauten soll auf die Einhaltung entsprechender DIN-Normen geachtet werden.

Zur Reduzierung der psychischen Belastungssituation konnten Denkanstöße gegeben und auch auf hilfreiche Grundsatzmaßnahmen hingewiesen werden. So lässt sich beispielsweise eine Verbesserung der psychischen Belastungssituation in gewissem Umfang bereits durch relativ einfach zu realisierende Maßnahmen erzielen: rechtzeitige und ausreichende Information, transparente und nachvollziehbare Entscheidungen unter Einbeziehung der Mitarbeiter, verbesserte Teamarbeit, gezielte Fortbildungsmöglichkeiten.

Der rege Zugriff auf die zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien lässt darauf schließen, dass auch in nicht besuchten Einrichtungen große Offenheit für das Thema herrscht.

Dr. Arno Endrich

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1880

E-Mail: [dezernat6@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat6@reg-ufr.bayern.de)



*Kinder in Aktion*

# Arbeitsschutz auf dem Dach

## Unfälle bei der Montage von Photovoltaikanlagen vermeiden

Nein – wir reden nicht über die Kaminkehrer. Die Elektrofachfirmen sind es, die durch die Förderung der Nutzung der Sonnenenergie ihr bisheriges Arbeitsumfeld erweitert haben. Die Montage von Photovoltaikanlagen hat die Fachleute in den letzten Jahren in großem Umfang auf die Dächer von Wohngebäuden, Gewerbehallen und landwirtschaftlichen Gebäuden „getrieben“.

Das Bewusstsein für die Gefahren dieser hochgelegenen Arbeitsplätze ist berufsbedingt nicht so ausgeprägt wie bei Zimmerleuten oder Dachdeckern. Auch ist das Wissen über die notwendigen und machbaren Arbeitsschutzmaßnahmen nicht immer ausreichend vorhanden. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen die Schaffung von Absturzsicherungen an den Dachrändern und das Verwenden von Fangnetzen bei nicht durchtrittssicheren Dächern (z. B. bei Wellplatten und Lichtbändern) während der Montage. Dazu gehört ein sicherer Aufstieg auf die Dachfläche über Treppentürme.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken hat zusammen mit den Elektroinnungen und der Handwerkskammer für



*Photovoltaikanlage*

Unterfranken Wege gesucht und gefunden, die notwendigen Informationen zur Arbeitssicherheit gebündelt an die Fachfirmen zu übermitteln. So informiert das Gewerbeaufsichtsamt anhand von Beispielen aus der Praxis die Verantwortlichen der Firmen bei diversen Innungsversammlungen über die verschiedenen Möglichkeiten, den Arbeitsplatz „Dach“ sicher zu gestalten. Darüber hinaus ist es bei der Ausbildung von Fachkräften für den Solarbau an der Handwerkskammer beteiligt. Hier werden die für die einzelnen Baustellen verantwortlichen Aufsichtsführenden geschult.

Durch dieses konzentrierte Vorgehen konnte der Sicherheitsstandard im vergangenen Jahr „sichtbar“ verbessert werden.

Wolfgang Zapf



*Absturzsicherung am Dachrand*

## Alle Neune



Deshalb hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen eine Wanderausstellung konzipiert, die in lebendiger und anschaulicher Form den Verbraucher über die neue rot-weiß-schwarze „Zeichensetzung“ und den Wegfall der orangefarbenen Symbole aufklärt. Gemeinsam und in enger

Abstimmung mit dem Klinikum der Universität Würzburg konnte für die Ausstellung ein attraktiver Standort im neu erbauten Zentrum für Innere Medizin (ZIM) gefunden werden. Die Patienten und Besucher des Klinikums sowie die Medizinstudenten bildeten die Basis für die erwünschte Breitenwirkung.

Am Eröffnungstag führte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer sachkundig in das Thema ein. Er appellierte an alle Verbraucher, bei chemischen Produkten – zur eigenen Sicherheit – die Warnsymbole ernst zu nehmen und auch das Kleingedruckte zu beachten. Prof. Reiners, Gastgeber und ärztlicher Direktor des ZIM, betonte, dass gerade beim Umgang mit Chemikalien weniger mehr sein sollte. Die selbsterklärenden Zeichen trügen dazu bei, Unfälle mit gefährlichen Stoffen im Privatbereich, die letztendlich auch in diesem Klinikum enden, nochmals zu reduzieren. Ergänzt wurde das Angebot der Ausstellung durch handfestes Anschauungsmaterial, welches die Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes sachkundig erklärten. Interessierte konnten sich dabei über Gefährdungen bei Spielzeug, Elektrogeräten oder chemischen Haushaltsprodukten „amtlichen“ Rat einholen.

Selbst Fragestellungen, die über die rein chemisch-technische Seite des Verbraucherschutzes hinausgingen, konnten im Rahmen der Ausstellung beantwortet werden. Das kostenfreie, internetgestützte Verbraucherinformationssystem (VIS) des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz bot hierzu in kompakter Form ausreichend Gelegenheit. So wurde aus der Eröffnung der Wanderausstellung „Schutzschild, die neu(e)n Zeichen für Ihre Sicherheit“ ein Tag mit umfassenden Informationen für die unterfränkischen Verbraucher.

Das Werk mit dem Kürzel „CLP“ (classification, labelling, packaging of chemicals) stellt einen neuen Ansatz für die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Stoffen und Gemischen dar. CLP ist mehr als nur eine europäische Lösung. CLP ist Teil eines weltweit harmonisierten Systems, Fachleuten als „GHS“ geläufig, welches Chemikalien nach einheitlichen Standards behandelt. Dies trifft nicht nur auf die beruflich verwendeten Produkte zu, auch Verbraucherprodukte mit gefährlichen Inhaltsstoffen (z. B. Klebstoffe und Nagellackentferner) unterliegen diesen Regelungen.

Die Wanderausstellung Schutzschild, an der zahlreiche Arbeitsschutzexperten teilnahmen, lud zu einem regen Gedankenaustausch ein.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1801

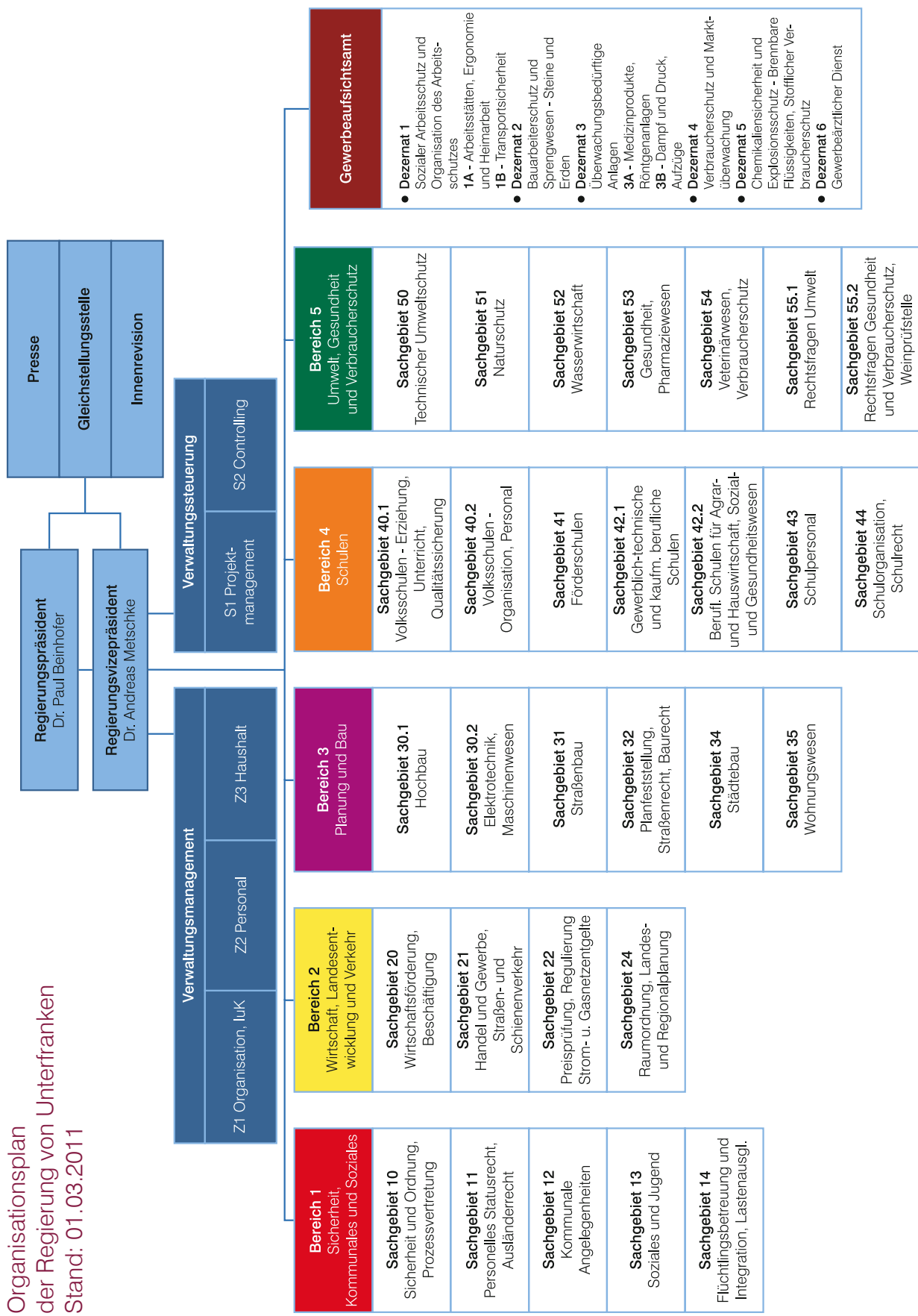
E-Mail: [gaa@reg-ufr.bayern.de](mailto:gaa@reg-ufr.bayern.de)

Dr. Günther Gaag



Die Wanderausstellung Schutzschild, an der zahlreiche Arbeitsschutzexperten teilnahmen, lud zu einem regen Gedankenaustausch ein.

Organisationsplan  
der Regierung von Unterfranken  
Stand: 01.03.2011



## Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon: 0931/380-00  
Fax: 0931/380-2222  
E-Mail: [poststelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ufr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Lydia Gießler, Pressestelle  
Johannes Hardenacke, Pressesprecher

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich  
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht  
anders vermerkt.  
Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten

